

Bezugspreis:
Vierteljährlich 30.— M., monatlich 10.— M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10.— M., einjährig 100.— M.
Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Ostpreußen,
Lithauen und Rußland 20.— M., für
das übrige Ausland 27.— M. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Lithauen, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Schwermilch“ und der
Beilage „Erziehung und Kleingarten“
erscheint wochentäglich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgepaltenen Konparetzeilen
kosten 1,50 M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 1,50 M. (zu-
lässig zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.— M. Stellengeld
und Schlüsselzeilen das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
50 Pf. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 2.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zeuernungsabgabe.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 6 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 6, abgegeben werden. Größtes
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 93-97
Expedition Moritzplatz 117 53-54

Mittwoch, den 1. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Moritzplatz 117 53-54

Auflösung der Einwohnerwehren.

Berlin, 31. Mai. (WZB.) Ueber die Auflösung der Selbstschutzhorganisations ist der Interalliierten Militär-Kontrollkommission zu Händen des Generals Nollet die geforderte Liste vor Ablauf der dafür gesetzten Frist vorgelegt worden. In der Liste sind die ostpreussischen Grenzwehren, die bayerische Einwohnerwehr und die Organisation Escherich bezeichnet. Gleichzeitig sind Schritte unternommen worden, um die Gründe gegen die Auflösung, die von den hauptbeteiligten Landesregierungen teils aus rechtlichen, teils aus tatsächlichen Verhältnissen geltend gemacht worden sind, den alliierten Mächten unter der Voraussetzung der Waffenabgabe zur Nachprüfung zu unterbreiten.

Entwaffnungsdebatte im bayerischen Landtag

München, 31. Mai. (WZB.) Nach der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten v. Kahr vertagte sich der Landtag um eine Stunde.

Sobald gab der Abg. Stang (Bayer. Sp.) eine Erklärung dahin ab, daß die Koalitionsparteien ihr Einverständnis mit der durch den Ministerpräsidenten gegebenen Darlegung erklären. Die Koalitionsparteien sprechen der Regierung ihr Vertrauen aus.

Abg. Imm (SPD.) bemerkt: In der Frage der Entwaffnung der Einwohnerwehren haben sich der Ministerpräsident und die Koalitionsparteien nunmehr in vollständiger Uebersicht ihrer bisherigen Politik zu den Anschauungen bekannt, die von der Sozialdemokratischen Partei in der Erkenntnis der durch das Machtgebot der Entente geschaffenen Zwangslage und eingedenk der staatlichen Notwendigkeit vertreten wurden. Die Sozialdemokratische Partei hat an der Durchführung der von der Regierung eingegangenen Entwaffnungsverpflichtungen konsequent mitgearbeitet. Trotz der klaren Sachlage leidet aber die heutige Erklärung des Ministerpräsidenten an Widersprüchen und Unvollständigkeiten, weil für die Auflösung der Einwohnerwehren der Reichsregierung die alleinige Verantwortung zugeschoben wird. Meine Partei, sagte der Redner, verlangt, daß nunmehr alle Verpflichtungen restlos und entschieden durchgeführt werden.

Abg. Kenderl (Komm.) spricht gegen die Regierungserklärung. Die E.-W. seien nur ein Instrument für die Regierung, um das Proletariat niederzuknurren.

Abg. Garetz (USP.) bekämpft die angebliche Auffassung der SPD., als ob der Ministerpräsident seinen früheren Standpunkt geändert habe. Seine Partei habe von Anfang an die Auffassung vertreten, daß die E.-W. gemäß Artikel 177 des Friedensvertrages aufzulösen seien. Redner kritisierte die Duldung der Bildung von Freikorps für Oberschlesien und erklärte, daß die USP. zum Ministerpräsidenten nicht das Vertrauen habe, daß er die Entmaffung der E.-W. durchführe.

Schließlich wandte sich Ministerpräsident Kahr noch gegen eine Bemerkung des Vorredners, daß die bayerische Regierung in der E.-W.-Frage Sonderverhandlungen mit Privatpersonen der Entente gepflogen habe, und sich besondere Rückversicherungen unter der Hand habe geben lassen. Er stellte fest: Alle Schritte, die unternommen worden sind, wurden im Einvernehmen mit der Reichsregierung unternommen. Irgendwelche besondere Abmachungen und Rückversicherungen kommen nicht in Frage.

Die dickfellige Einwohnerwehr.

München, 31. Mai. (WZB.) Der „Bayerische Kurier“ bringt folgende Meldung: Die Kreis- und Gauhauptleute der Einwohnerwehren hielten gestern vormittag und nachmittag Besprechungen mit dem Landeshauptmann, Forstrat Escherich, ab, um zu beraten, bis zu welchen Opfern die Einwohnerwehr gehen könne, damit Ministerpräsident v. Kahr und seine Regierung dem Lande erhalten bleiben könnten. Von Anfang an war man sich darüber klar, daß das, was die bayerische Regierung der Reichsregierung angeboten hat, das Kruxeste von dem darstelle, was der Einwohnerwehr überhaupt noch die Möglichkeit gibt, ihre Aufgabe, Ruhe und Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten, zu erfüllen. In einer gemeinsamen Nachmittagsung wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die ebenfalls zum Ausdruck bringt, daß das von der bayerischen Regierung dem Reich und der Entente Angebotene die Grenze des Möglichen darstelle. Dem Ministerpräsidenten und dem Landeshauptmann wurde erneut das Vertrauen der Führer ausgesprochen.

Escherich läßt die Maske fallen. Nichts mehr von „unpolitischen Einwohnerwehren“, nichts mehr von „treuem und gehorhambem Werkzeug“ der Regierung. Escherich und seine Gauhauptleute bestimmen die Politik, sie sehen fest, wie weit gegangen werden soll, kurzum: sie proklamieren sich selber als Regierung!

Sforzas Teilungsvorschläge.

Mailand, 31. Mai. (WZB.) Die Vorschläge des Grafen Sforza für die Lösung des oberschlesischen Problems lauten nach der Darstellung des „Corriere della Sera“ folgendermaßen: Polen erhält die südlichen Bezirke östlich der Oder, d. h. Teile der Kreise Rybnitz und Kattbör, ausgenommen jenes Gebiet, durch das die Eisenbahn fährt, die Oberschlesien mit Polen verbindet, ferner die Kreise Kattowitz, Königshütte, Beuthen, Larnowitz und einen Teil Lublinitz. Deutschland bleibt sozusagen vollständig das Bergwerksgebiet von Gletowitz und Hindenburg, und die Eisenbahn Kattbör-Gletowitz. Der zweite Vorschlag geht von der Voraussetzung aus, daß Polen die Bahn von Beuthen vollständig erhalten soll. In diesem Falle habe Deutschland eine weitere Ausdehnung seines Industriegebietes zu gewährleisten. Es würde ihm ein Teil von Königshütte und jener von Beuthen und Kattowitz zugesprochen, der zwischen Hindenburg und Königshütte liegt. Polen erhielte zwecks Sicherung seiner Bahn einen Teil von Lublinitz und Rosenbergr.

Der französische Standpunkt.

Paris, 31. Mai. (WZB.) Ueber den Inhalt der französischen Antwort auf die letzte englische Note, die gestern dem englischen Botschafter in Paris übergeben wurde, berichtet das „Journal des Débats“, die französische Regierung erkläre darin, daß sie bemüht sei, das englische Gefühl nicht zu verletzen und trotz erster Einwendungen den Vorschlag, Opatow als Sitz der Sachverständigen zu bestimmen, anzunehmen. Indessen sei sie dem

sofortigen Zusammentritt des Obersten Rates abgeneigt. Es seien in erster Linie Schwierigkeiten praktischer und persönlicher Art, die dem entgegenstünden. Lloyd George sei während eines Teiles der Woche abwesend. Briand werde in Paris durch die Senatsverhandlungen festgehalten und auch Sforza könne nicht rechtzeitig nach Boulogne abreisen. Die französische Regierung habe den Eindruck, daß ein Zusammentritt des Obersten Rates eine Erregung der öffentlichen Meinung hervorrufen würde, die der Ruhe der Beratung wenig günstig sei. Die Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien müsse deshalb als Vorbedingung für eine Zusammenkunft der Regierungschefs betrachtet werden. Die französischen Anregungen in der Note wünschen nach dem „Temps“: 1. ein gemeinsames Vorgehen der alliierten Vertreter in Berlin und Warschau zum Zwecke der tatsächlichen Entwaffnung der Deutschen und Polen in Oberschlesien und Beendigung der Feindseligkeiten, 2. eine Proklamation oder etwas Ähnliches der alliierten Kommission in Opatow an die oberschlesische Bevölkerung, worin der Wille der Regierungen zum Ausdruck kommen soll, mit strenger Gerechtigkeit den Friedensvertrag anzuwenden, 3. sofortige Bildung der Sachverständigenkommission, die an Ort und Stelle ihr Erhebungen vor-

nehmen soll. Bisher ist der Vorschlag, einen Sachverständigenausschuß zur Prüfung der oberschlesischen Frage zu ernennen, noch nicht formell angenommen worden. Man ist hier der Ansicht, daß die Ernennung von Sachverständigen, bevor die allgemeinen Richtlinien für ihre Arbeit vom Obersten Rat bestimmt worden sind, kaum eine Lösung der oberschlesischen Frage fördern würde. Die britische Ansicht geht dahin, daß der Oberste Rat zuerst zusammenzutreten muß, und zwar sobald wie möglich.

London, 31. Mai. (Reuter.) Der letzte Vorschlag der englischen Regierung geht dahin, daß die nächste Zusammenkunft des Obersten Rates in der Mitte nächster Woche in Boulogne stattfindet mit der Tagesordnung: Oberschlesien, möglicherweise auch Prüfung der Sanktionen, die durch die Regierung von Angora geschaffene Lage. Die Vereinigten Staaten und Japan werden vertreten sein.

Hilfegesuch.

Das Deutsche Rote Kreuz hat dem Schlesischen Provinzial-Verein vorläufig eine größere Geldsumme aus eigenen Mitteln überwiesen. Verbands- und Sanitätsmaterial wird alsbald überandt werden. Den übergroßen Anforderungen im Notstandsgebiet in Oberschlesien kann das Deutsche Rote Kreuz nur dann gerecht werden, wenn ihm aus breitesten Kreisen des deutschen Volkes Unterstützungen zugehen.

Deutschlands Grenzsperr.

Nach einem Bericht des Staatssekretärs Dr. Freund, der die Grenze bereits hat, ist unbefugter Ueberschritt vom nichtbesetzten Deutschland nach Oberschlesien kaum noch möglich und die Entmaffung zurückkehrender Freikorps gesichert.

Das Statut der Garantiekommision.

Paris, 31. Mai. (WZB.) Die Blätter veröffentlichen das provisorische Statut der neugebildeten Garantiekommision. Daraus ist zu entnehmen, daß ausschließlich die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten das Recht haben, ständig an den Sitzungen teilzunehmen und Beschlüsse zu fassen. Für die Vertreter Japans, Belgiens und Serbiens gilt dieses Recht nur bedingt. Das Statut hebt ausdrücklich hervor, daß der Sitz der Garantiekommision nur provisorisch nach Paris verlegt sei, daß er jedoch jederzeit nach Deutschland oder auch anderswohin verlegt werden könne, wenn die Reparationskommission dies für zweckmäßig erachte.

Schnelle Justiz. Wegen der Vorfälle vom Sonntag in Paris wurden schon am Montag 5 Personen zu mehreren Monaten Gefängnis und zu größeren Geldstrafen verurteilt.

Der Vertrag mit Sowjet-Rußland

Von N. Grigorjanz.

Am 6. Mai dieses Jahres wurden von Vertretern Deutschlands und Sowjet-Rußlands zwei Abkommen geschlossen. Das Hauptabkommen behandelt in der Hauptsache die Regelung der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Regierungen Deutschlands und Sowjet-Rußlands, der Handelsstätigkeit der Sowjetdelegation in Deutschland, der Wiederaufnahme des gegenseitigen Verkehrs u. dgl., während das gleichzeitig abgeschlossene Zusatzabkommen die Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenfragen regelt. Bekanntlich bestehen schon seit 1920 mit der Sowjetregierung verschiedene Abmachungen in bezug auf die Abwicklung der Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenfragen, so daß das am 6. Mai unterzeichnete sogenannte Zusatzabkommen nur die Weiterentwicklung der schon früher bestehenden Beziehungen betrifft.

Anders ist es mit dem Hauptabkommen vom 6. Mai, dem politische Bedeutung beizumessen ist.

Das in Rede stehende Abkommen besteht aus 17 Artikeln. Es sieht in Art. 1 vor, daß die bisher ausschließlich auf Kriegsgefangenenfürsorge gerichtete Tätigkeit der Delegationen — der deutschen in Moskau und der sowjetrussischen in Berlin — eine Erweiterung in dem Sinne erfährt, daß den Delegationen Handelsvertretungen angegliedert werden. Diese Bestimmung schafft nichts neues. Seit über einem Jahr unterhält die Sowjetregierung eine aus sehr zahlreichem Personal bestehende Handelsvertretung in Berlin, die unter Duldung der Reichsregierung Handelsgeschäfte mit deutschen Firmen führt. Allerdings ist der deutschen Delegation in Moskau keine gleichartige Institution beigegeben. Dem deutschen Vertreter, Herrn Hilger, ist erst seit einigen Wochen ein Beamter des auswärtigen Amtes zum Zwecke wirtschaftlicher Berichterstattung attachiert. Das ist auch alles, was auf diesem Gebiete bis jetzt von der Sowjetregierung zustande wurde. Auf Grund des neuen Abkommens erhält die deutsche Regierung das Recht, in Moskau eine regelrechte Handelsvertretung — nach der Art der russischen in Berlin — einzurichten. Die Praxis wird lehren, ob und wie diese Bestimmung durchgeführt werden kann und welchen Nutzen zu bringen sie in der Lage sein wird.

Die Vertretungen beider Staaten werden wie diplomatische Missionen behandelt und genießen deren Vorrechte und Befreiungen. Für den Leiter und 7 Mitglieder der jeweiligen Vertretung ist die Unantastbarkeit der Person festgelegt. Es ist in Art. II des Abkommens ausdrücklich der Fall vorgesehen, daß Hausdurchsuchungen, Festnahmen und Verhaftungen von Mitgliedern der bei den Vertretungen beschäftigten Personen vorkommen können. Bei der Vornahme dieser Handlungen muß die Polizeibehörde das Auswärtige Amt des Aufenthaltsstaates in Kenntnis setzen usw. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß diese Bestimmung hauptsächlich zu dem Zweck Aufnahme gefunden hat, um die Mitglieder der deutschen Vertretung in Rußland vor der Willkür der berühmten „Tscheka“ (Ausserordentliche Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution usw.) nach Möglichkeit zu schützen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sie praktisch Wert haben wird.

Somit ist in dem Abkommen über die Rechte und Freiheiten von Deutschen im allgemeinen nichts gesagt, so daß deutsche Reichsangehörige in Rußland den Dekreten der Sowjetregierung und der Nachvollkommenheit ihrer Organe unterstellt sind.

Das Abkommen sichert den gegenseitigen Vertretungen bestimmte konsularische Befugnisse zu, sieht vor, daß der gegenseitige Post-, Telegraphen- und Funkverkehr aufgenommen wird, daß der Schiffsverkehr ungehindert vor sich gehen kann. Die wichtigsten Bestimmungen betreffen indessen die Handelsstätigkeit der Delegationen, allerdings sind sie, wie in vielen Punkten, etwas einseitiger Natur.

Von der deutschen Vertretung wird im allgemeinen bemerkt, daß sie „wirtschaftliche Interessen des Deutschen Reiches und seiner Angehörigen wahrnimmt“. Da es in Sowjet-Rußland keinen legitimen Handel gibt und da Außenhandelsoperationen ausschließlich mit dem Volkskommissariat für den Außenhandel geführt werden, ist es eigentlich nicht verständlich, welche Interessen hierbei gemeint sind.

Ueber die russische Handelsvertretung in Deutschland bestimmen die Artikel XII und XIII, daß sie für alle Geschäfte in Deutschland den deutschen Befehlen, der deutschen Gerichtsbarkeit und Zwangsvollstreckung sich unterwirft, ein Vorgang, der bis jetzt in diplomatischen Verkehr und im Verkehr von Staat zu Staat seinesgleichen nicht hat. Deutsche Firmen haben auf Grund dieser Bestimmung die Möglichkeit, die russische Vertretung zu verklagen mit allen Rechtsfolgen. Praktisch dürfte diese Bestimmung keinen Wert haben. Es kann niemand wissen, wie zahlungsfähig die Vertretung ist. Kein Außenstehender hat Einblick in die Vermögenslage der Delegation. Sie wird sich auch hüten, auf ihren Namen mehr in Deutschland zu halten, als sie dringend notwendig hat. Aus diesen Gründen dürfte es keinen Kaufmann in Deutschland geben, der so unvorsichtig wäre, um Geschäfte mit der Sowjetdelegation ohne feste Sicherheiten zu

machen. Die Kreditfähigkeit der Sowjetregierung wird eben sehr gering eingeschätzt, und die Aussichten auf Beirteilung in ernstlichen Streitfällen sind gleich null.

Bezeichnend ist der folgende Umstand. Für Geschäfte, die von der Sowjetregierung mit Deutschland innerhalb Russlands abgeschlossen werden, wird auf Grund des Art. XIII die Gerichtsbarkeit Sowjet-Russlands ausgeschlossen. Die Sowjetregierung ist verpflichtet, in Beträgen dieser Art eine Klausel über die Erledigung von Streitfällen durch Schiedsgerichte aufzunehmen. Diese Bestimmung bedeutet, daß die Sowjetregierung Deutschland für seine Untertanen gewissermaßen Exterritorialität zusichert.

Auf den trostlosen Zustand der Wirtschaft und der Ernährung in Russland deutet der Art. IV des Abkommens hin. In ihm wird vorgelesen, daß die deutsche Regierung berechtigt ist, monatlich 40 Mio Lebensmittel und Bedarfsartikel für jede Person ihrer amtlichen Vertretung in Moskau nach Russland Zoll- und abgabefrei einzuführen. Das Auswärtige Amt hat monatlich das Verzeichnis der betreffenden Lebensmittel und Bedarfsartikel den Sowjetrussen vorzulegen. Diese erteilen darauf die Einfuhrgenehmigung.

Erleichterungen des Reiseverkehrs nach Russland sind in dem Abkommen nicht vorgesehen. Es ist kaum anzunehmen, daß Reisen nach Sowjet-Russland bald in größerem Umfange ausgeführt werden können. Daß sie praktisch zwecklos und nur mit großen Gefahren für Leben und Gesundheit verbunden sind, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Allerdings ist in dem Vertrag vorgesehen, daß Deutsche, die nach Russland reisen, Schutzbriefe für das mitgeführte und dort zu erwerbende Eigentum erhalten. Wie sich diese Bestimmung in die Praxis umsetzen wird, bleibt abzuwarten.

Das Abkommen mit Sowjet-Russland schafft gegenüber dem bestehenden Zustande, wie gesagt, nur sehr wenig Neues. Wie der Handel mit Sowjet-Russland in den letzten Jahren und insbesondere in dem Jahre 1920 vor sich ging, so wird er auch weiterhin auf derselben Grundlage geführt werden müssen, da die Sowjetregierung den Außenhandel in ihren Händen behalten will. Die Grundlage des Außenhandels der Sowjetregierung bildet bis jetzt nur ihr Goldfonds. Dieser aus den Beständen der früheren Staatsbank herrührende Goldvorrat reicht bei weitem nicht aus, um das Notwendigste einführen zu können. Ueberdies muß er über kurz oder lang erschöpft sein. Trotz der vielen Worte hat Russland verhältnismäßig nur ganz winzige Mengen von Ausfuhrwaren zur Verfügung. Ohne sie kann aber auch die Einfuhr nicht gedeihen. Dazu kommt noch die beispiellose Zerrüttung des Transportwesens, die es unmöglich macht, daß ein einigermaßen geregelter Warenverkehr einsetzt. Das ist Sowjet-Russlands Unglück!

Vor der Regierungserklärung.

Das Kabinett Wirth wird heute um 4 Uhr nachmittag dem Reichstag sein Programm vorlegen, dessen Grundzüge festgelegt sind und das seine endgültige Form in einer Sitzung heute mittag finden soll. Ueber den Inhalt dieses Programms, namentlich in finanzieller und wirtschaftspolitischer Beziehung, ist von der Sensationspresse verschiedener Richtungen viel orakelt worden. Wir müssen es ablehnen, uns an diesem Wettlauf der Indiskretionen zu beteiligen. Der Betrogene ist dabei doch gewöhnlich der Leser, dem erhaschte Gesprächsfragmente oder Bruchstücke vorläufiger Entwürfe als bereits feststehende Befehle vorgelegt werden.

Wir glauben auch nicht, daß das Kabinett heute schon mit einem bis ins einzelne ausgearbeiteten Finanzplan vor den Reichstag treten wird. Ueber die Grundlagen ist man sich einig. Die einzelnen Vorlagen bedürfen noch der genaueren Ausarbeitung.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat gestern Genossen Wels zum Redner zu der Programmdebatte bestimmt, die heute nach der Regierungserklärung auf

morgen verlegt werden wird. Sie hat zugleich beschlossen, auf den ihr als vierten im Kabinett angebotenen Minister ohne Portfeuille zu verzichten. Da Dr. Wirth als Reichskanzler das Ressort des Reichsfinanzministers beibehält, was kein ungewöhnlicher Vorgang ist, ist die Regierungsbildung im Reich abgeschlossen. Nun kann Herr Stegerwald in Preußen an die Arbeit gehen, um die von der Rechten stets so stürmisch geforderte Homogenität des Regierungssystems im Reich und im größten Gliedstaat herbeizuführen.

Aufhebung des Belagerungszustandes.

Der Belagerungszustand über die preussischen Gebietsteile Groß-Hamburgs ist, wie die P. B. N. erfahren, aufgehoben worden. Die Aufhebung des Belagerungszustandes in weiteren Teilen Preußens (Mitteldeutschland und Ostpreußen) dürfte in kürzester Zeit bevorstehen.

Die langfristigen Erwerbslosen.

Im Volkswirtschaftsausschuss des Reichstags standen am Dienstag verschiedene Anträge über die Erwerbslosenfürsorge auf der Tagesordnung. Da ein Antrag Dikmann (U. Soz.), der einen Regierungsbericht über die Lage in den verschiedenen Industriegebieten fordert, vom Ausschuss angenommen wurde, mußte die Abstimmung über die generellen Fragen der Erwerbslosenfürsorge zunächst ausgesetzt werden, um der Regierung ein Gelegenheit zu geben, eine allgemeine Darlegung der nächsten Wirtschaftsaussichten vor der Beschlussfassung über die Regelung der Arbeitslosenfürsorge dem Ausschuss vorzulegen. Zur Abstimmung gelangte ein als besonders dringlich anerkannter Antrag auf Unterstützung sehr langfristiger, d. h. mehr als 26 Wochen Erwerbsloser, monatlich den Gemeinden eine besondere geldliche Beihilfe gewährt werden soll, die es ihnen ermöglicht, die nötigen Anschaffungen an Kleidung und Schuhwerk für die Erwerbslosen und deren Angehörigen vorzunehmen. Ferner sollen die langfristigen Erwerbslosen bei den Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge besonders berücksichtigt werden und die Zuschüsse für die Beschäftigung der Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge bei langfristigen Erwerbslosen höher bemessen sein, als bei anderen Erwerbslosen. Den Erwerbslosen soll die Unterstützung auch über die Frist von 26 Wochen in allen Fällen fortgewährt werden, in denen es nach Lage des Arbeitsmarktes zur Vermeidung unbilliger Härten erforderlich ist. Dieser fast einmütig unterstützte Antrag wurde vom Ausschuss angenommen.

Reform der Landtagsgeschäftsordnung.

Der Geschäftsordnungsausschuss des Preussischen Landtags bearbeitet die erste Lesung der neuen Geschäftsordnung. Es wurde eine Reihe bemerkenswerter Beschlüsse gefasst. Neu eingefügt wurden die Bestimmungen über die Wahl des Ministerpräsidenten, die denjenigen über die Wahl des Landtagspräsidenten analog gestaltet sind. Für beide Fälle soll in Zukunft die Wahl mit verdeckten Stimmzetteln erfolgen.

Die Zahl der ständigen Ausschüsse wurde vermehrt durch endgültige Aufnahme eines Ausschusses zur Wahrnehmung der Verkehrsinteressen und eines ständigen Beamtenausschusses. Einem Antrag, einen solchen ständigen Ausschuss auch für sozialpolitische Angelegenheiten einzusetzen, wurde aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht zugestimmt, weil mit Rücksicht auf die bereits bestehenden Ausschüsse die Abgrenzung der Zuständigkeit schwer zu treffen sei. Aus demselben Gesichtspunkt wurde ein ständiger Ausschuss für das Verkehrswesen abgelehnt. — Der Ausschuss war ferner der Ansicht, daß dem Präsidenten größere Machtmittel zur Verfügung gestellt werden müssen, um die Ordnung und Ruhe im Hause besser aufrecht erhalten zu können. Die Fraktionen sollen dazu noch Stellung nehmen. Es wurde der Vorschlag gemacht, sich mit Disziplinanzsachen für solche Abgeordnete zu helfen, die wiederholt trotz Warnungen und sonstiger Maßnahmen des Präsidenten die Ordnung des Hauses stören.

Bürgerliche Obstruktion in Braunschweig.

Braunschweig, 31. Mai. (WZ.) Zur heutigen ersten Sitzung der Landesversammlung nach der Vertagung war die Fraktion des Landeswahlverbandes nicht erschienen. Nach Beginn der Sitzung wurde die Beschlussfähigkeit des Hauses festgestellt und die Sitzung auf morgen vertagt. Danach scheint der Landeswahlverband, der die Rechtsbeständigkeit der gegenwärtigen Landesversammlung nicht anerkennt, mit der angekündigten Obstruktion beginnen zu wollen.

Geschmeiß.

Der „Total-Anzeiger“ beginnt einen Artikel über die Mädenplage mit folgenden geschmackvollen Sätzen:

„Alles Geschmeiß der Welt scheint sich auf Deutschlands Boden einstellweilen zu geben. Senegalesen, Polen, Galizier, gewöhnliche und Bisamratten, exotische Ameisen und neuerdings auch Mäden.“

Das Hauptgeschmeiß ist in dieser Aufzählung vergessen: das deutschnationale Federvieh.

Der Wiederaufbau in Nordfrankreich.

Paris, 31. Mai. (WZ. — Senat.) In der Nachmittags-Sitzung verteidigte Minister Loucheur das Regierungsprogramm für den Wiederaufbau und die bisherige Tätigkeit. Die Berechnung der Schäden sollte in gerechter Weise vorgenommen werden. Der Koeffizient müsse herabgesetzt werden, denn die Preise für die Baumaterialien seien mit den Kohlenpreisen gesunken. Er habe immer den Standpunkt vertreten, daß die Verwendung deutscher Arbeiter in großem Umfange aus den verschiedensten Gründen abgelehnt werden müsse, namentlich aber deshalb, weil man einen erheblichen Teil der Arbeitslöhne in Mark bezahlen müsse. Aber Deutschland könne sehr gut durch seine Arbeiter auf deutschem Gebiet Materialien vorbereiten, die in Frankreich für den Wiederaufbau verwendet werden würden. Die Beschäftigung deutscher Arbeiter müsse sich auf die absolut verwüsteten Gebiete, die von der Bevölkerung verlassen seien, beschränken. Er müsse zugeben, daß durch eine derartige Begrenzung die Frage ihr tatsächliches Interesse verliere. Die Deutschen hätten die Lieferung von 25 000 provisorischen Häusern angeboten. Er habe verlangt, daß man fester gebaute Häuser liefere; darüber werde verhandelt. Etwa 1500 Häuser könnten im Monat geliefert werden, die Zahl lasse sich in kurzer Zeit auf 2500 monatlich steigern. Durch die Holzhäuser würde eine Ersparnis von 20 bis 25 Proz. gegen Steinhäuser erzielt. Wenn die Deutschen keine annehmbare Preisse machten, so sei man nicht gezwungen, ihnen einen Auftrag zu erteilen. Er hoffe, von den Deutschen Materialien zu erlangen, aber nur in dem Maße, als dadurch die nationale Industrie nicht gefährdet werde. Aber die Industrie Frankreichs dürfe sich auch nicht der Faulheit hingeben, sie müsse sich vielmehr auf den Kampf mit der deutschen Industrie vorbereiten. Zum Schluss erklärte Loucheur, er hoffe, daß von 1922 an keine Staatsarbeiten in den verwüsteten Gebieten mehr vorgenommen würden. Eine übermenschliche Arbeit müsse verrichtet werden. Wenn man in zehn Jahren damit fertig werden müsse, dann hätte Frankreich ein Werk vollbracht, das kein anderes Land hätte vollbringen können. (Lebhafter Beifall.)

Die Holzhäuser.

Paris, 31. Mai. (WZ.) Wie der „Intransigeant“ meldet, soll heute abend die letzte Sitzung der deutschen und französischen Bau- und Sachverständigen, die über die 25 000 Holzhäuser verhandeln, stattfinden. Unter den Dutzenden von deutschen Modellen hätten die französischen Sachverständigen drei Typen herausgesucht, eins für ein Arbeiterhaus, eins für das Haus eines Meisters und eins für die Wohnung eines Ingenieurs. Nachdem gestern die Deutschen die Preise für diese Typen angegeben hätten, seien sofort Vertreter des französischen Holzbaus aufgefordert worden, einen französischen Konkurrenzpreis aufzustellen, der als Preisgrundlage dienen soll. Die Entscheidung werde heute abend getroffen werden. Nach einer Beschreibung der deutschen Modelle schloß das Blatt mit der Bemerkung, es sei nicht unwahrscheinlich, daß diese Häuser, die an Ort und Stelle zunächst probeweise von den Deutschen aufgestellt werden, den Bewohnern, für die sie bestimmt sind, gefallen werden.

Das Revolutionsmuseum in Petersburg.

Der Winterpalast, jenes prachtvolle Barockpalais von St. Petersburg, das von Zaren bis auf Nikolaus II. zur Wohnung diente, trägt jetzt ein Revolutionsmuseum. Wie es dort aussieht, das erzählt Wilhelm Herzogs „Russisches Notizbuch“ in seiner Zeitschrift „Das Forum“: Wir gehen, so schreibt da Herzog, vom Revolut durch den Jordaneingang eine Paradedtreppe hinauf, deren Renaissancecharakter von grandioser Kühnheit ist. In den Sälen viele minderwertige Bilder neuer Revolutionsmaler. Frühere Kriegsmaler ließen ihre schneißlichen Farben roh naturalistisch auf die Leinwand und malen jetzt revolutionäre Kämpfe in den Straßen Petrograds. Alles ziemlich unmögliche Schinken. Kaum ein wertvolles Bild.

Die Entwürfe zum Plebiscit-Luxemburg-Denkmal sind fast noch schümmer. In einem großen Saal des Zarenpalastes sind etwa 20 dieser Entwürfe aufgestellt. Konventionell, bombastisch, auf die alte Manier zusammengesetzte Tafelauflagen, die ein von einem Provinzphotographen aufgenommenes Brautpaar darstellen. Ein einziger Entwurf, nicht ohne kubistische Einflüsse, verrät einen Künstler. In einem anderen Saal sind die Polizeistaaten der früheren politischen Abteilung ausgestellt. Lenin hat den dicksten Akt. Nach ihm ist der meist zitierte der jetzige Menschewikführer Martoff. Das Polizeibild Lenins zeigt eine seltsame Ähnlichkeit mit Bildern von Dostojewski. Ganz slavischer Typus. Krassins Akt enthält folgende Angaben: Geb. 1870, 1886 von der Kaiserin Universität relegiert, 1895 von Russland fortgeführt. Von dem sozialrevolutionären Anarchisten Sawinkow, dem jetzigen Freunde Brangels, gibt es nicht nur Photographien, sondern ein großes Schema, ein Diagramm, das mit roten und grünen Kreisen seine Freunde und Bekannten fixiert. Neben Lenin stehen im Verbrechenalbum alle berühmten Führer der Bolschewiki: Sinowjew, Krassin, Tschitscherin, Kamenew, alle fotografiert im Profil und en face; dazu ein sehr ausführlicher Steckbrief mit genauen biographischen Notizen. Unser größtes Interesse erweckte Rosa Luxemburgs Akt. Sein Titel und die erste Titelseite, die ich mir abschrieb, lauten mörderisch:

Akt des Polizeiamts Petersburg.

Rosa Luxemburg.

Diese Person muß gesucht werden. Wenn sie gefunden ist, muß sie verhaftet werden. Die Person ist die Tochter des Händlers der ersten Gilde, Rosalie Wamrilschewa Luxemburg.

Begonnen wurde der Akt im Jahre 1908.

Ein weiterer, besonders deutsche Genossen interessierender Fund ist ein Brief Hugo Haases vom 28. Dezember 1912 an den Parteivorstand der russischen sozialistischen Partei. Er ist offenbar schon in Berlin von einem russischen Polizeispion in Verbindung mit dem deutschen Konsulat geöffnet worden. Der Spiegel hat ihn kopiert und an das politische Departement der Petersburger Polizei ge-

schickt, das ihn — laut Stempel — am 4. Januar 1913, jedenfalls früher als der Parteivorstand der russischen Sozialdemokratie, der Adressat, empfing. Hugo Haases Brief, den er im Namen des deutschen Parteivorstandes an die russischen Genossen schrieb und den er und Hermann Müller unterzeichnete, beginnt mit folgenden Worten:

Berlin, den 28. Dezember 1912.

Meine Genossen!

Der Gedanke, eine Konferenz zu Verhandlungen über eine Einigung der sämtlichen russisch-polnischen Gruppen einzuberufen, hat auf allen Seiten Zustimmung gefunden. Wir sind bereit, die Konferenz zu veranstalten und die Verhandlungen zu leiten, vorausgesetzt, daß das I. S. B. damit einverstanden ist, woron allerdings nicht zu zweifeln ist. . . .

Mit Parteigrüß
Haase, Müller.

Von dem Saal der Verbrecher in die Privatgemächer des Zaren und der Zarin. Nicht geschmacklos. Im Zimmer des Zaren zahlreiche Bilder minderwertiger Maser, darunter ein besonders ordinärer weiblicher Akt von dem französischen Maler Lesébre. Viele Jagdbilder. Ein Portrait Nikolaus I. Im Boudoir der Zarin nur Kitsch. „Moderne“ Kinderbilder, französische „schöne“ Frauenportraits in judischer Manier. Neben dem Boudoir ein sehr komfortables Badezimmer. In den anderen Räumen eine große Anzahl alter kostbarer Möbel und Gegenstände aus dem 17. und 18. Jahrhundert, die von großer Schönheit sind, sehr erlesenen Geschmacks verraten und wohlthuend von den „modernen“ Kostbarkeiten abstechen.

Eine republikanische Hymne. Der 1920 gegründete gemischte Chor „Groß-Berlin“ gab, nach ein bischen früh, sein zweites Konzert in der Philharmonie. Scherchen leitet mit gewohnter Energie und Straffheit. Die Reizung zum Scharf- und Zu-hoch-Singen wird in den Mädchenchören überwunden werden müssen; im begleiteten Gesang kann das zur Katastrophe führen. Die Tendenz sind dank ihrer baritonale-dunklen Stimmen kaum hörbar, was der Harmonie des Quartetts geschädigt wird. In a capella-Chören leichten Formats (Woytsch, Süher, Stach) standen alle beherzt ihren Mann, sangen auswendig und mit rechter Frühlingslust. Die „Republikanische Hymne“ von Pendeman nach einem Gedicht Brögers wurde Dalapog verlangt. Da sie durch die Discrepanz zwischen Reinheit der Menschen- und Orgelstimmen zuerst gestört wurde, wirkte sie zum zweiten Male um so elementarer. Diese Hymne aus einem Jaktus von Männerchören, hier eigens sechsstimmig umgearbeitet, ist ausflammendem Herzen und glühender Seele geschrieben, einfach, volksmäßig und mit dem freudigen Schwung, den auch das Gedicht atmet. Ein wirklich reiner polyphoner Satz, ungetrübt und mitreißend in der Geradheit seiner Melodien und Stimmen; in der Lebewandlung Vertonung könnte Brögers Bedacht und Gelöbnis Nationalhymnen werden mit dem Ausklang: „Freie Republik, wir alle schwören: Leichter Tropfen Blut soll dir gehören!“ — In dem Konzert spielte zwischen den Gesängen Walter Fischer auf einer qualitativ aufbegehrenden, herzhaft

verstimmten Orgel, Lambinon und Zeelandt mühten sich mit Transkriptionen bekannter Werke Bachs, Händels, Beethovens.

R. S.

Die grüne Steiermark. In der Kranaia wird jetzt den Besuchern die Steiermark in Wort und Bild anschaulich vor Augen geführt. Diese südsüdliche Mark Groß-Deutschlands ist wenig bekannt, obwohl ihr großer Sohn, Peter Rosegger, überall gelesen wird. Und doch verdient diese Grenzmark, von der man zu Unrecht deutsche Bezirke an Südslawien ausgeliefert hat, dank ihrer wundervollen landschaftlichen Schönheiten und ihrer mannigfachen Wirkung verschiedener Kulturkreise, allgemeines Interesse. Wilhelm Marks zeichnet den geographischen Charakter: die Ost-Alpenkette, die am bestschützten Dachstein zu imposanter Höhe aufragt, verläuft ins baltische und ungarische Hügel- und bietet eine fröhliche gewaltige und lieblicher Schönheiten. Kulturell stellt das Land ein Aneinander von Mittel-, Süd- und Osteuropa dar. Viele Rassen und Kulturen haben hier ihre charakteristischen Spuren hinterlassen. Durch mehr denn hundert vortrefflich gelungener Aufnahmen von Land und Leuten wurde der feststehende Vortrag aufs glückliche illustriert und ergänzt. Das schöne Land, das Hoch- und Mittelgebirge, Seen, Schluchten (das einzigartige „Gefälle“), Erzberge, Bergwerke und Burgen und vor allem fruchtbar und herrliche Täler in sich vereint, wird sich in der Kranaia viele neue Freunde erwerben.

Kreuzer werden Handelschiffe. Ein eigenartiger Neubau ist Dienstag auf der Germaniamerit in Kiel mit dem Motor-Tankschiff „Ostpreußen“ von 3000 Tonnen Ladefähigkeit zu Wasser gebracht worden. Der Rumpf dieses für den Vortransport bestimmten Schiffes besteht in der Hauptsache aus zwei Druckkörpern von 11-Boots-Kreuzern, die auf Grund des Friedensvertrages ihrem ursprünglichen Zweck nicht mehr zugeführt werden konnten. Der Schiffsrumpf ist dadurch geschaffen worden, daß zwei solcher Körper von 5,75 Meter größtem Durchmesser und 77 Meter Länge parallel miteinander verbunden, mit einem Aufbau versehen und kurze Vor- und Hinterstülpstellen angebaut wurden, um eine gute Schiffsförmigkeit zu erzielen. Ein Schwesterchiff der „Ostpreußen“ wird demnächst ebenfalls vom Stapel laufen.

Der Karicentwurf der Staatsober. Um dem Publikum mehr IV. Rangplätzen in der Staatsober zur Verfügung zu lassen, sollen die Karicentwürfe für die Universität und das Institut für Archäologie im IV. Rang künftig weg. Es stehen 47 Plätze täglich mehr zur Verfügung. Ferner wird, um das vergebliche Ansehen einzuschränken, Sonnabendabend die Zahl der zum Verkauf stehenden Plätze im III. und IV. Rang durch Anschlag bekannt gemacht.

Ueber Rabindranath Tagore ist die erste größere deutsche Monographie aus der Feder Emil Engelhardts im Deutsche-Verlag, Berlin, erschienen. Rabindranath Tagore ist ein Dichter und Philosoph. Engelhardt, der seine Jahre in Tagores indischer Heimat und im Fremdenland des Dichters lebte, gibt hierin die erste große Lebensdarstellung Tagores und verbindet damit eine Auswahl aus seinen Dichtungen. — Rabindranath Tagore wird am 2. Juni, mittags 12 Uhr, in der neuen Aula der Berliner Universität eine Vorlesung über die Vorträge der Weiber und die Seele Indiens halten.

Kunst und Schule und die Leistungen der Pankaiser Himmelsfahrt. Legung des Bandes des neuen Schulreformers heute 7 1/2 Uhr im Werner-Elementar-Gymnasium, Schönberg, Cohnenstraße 47/48, feierlich behandeln. Ein einleitendes Referat erstattet Dr. Wolf Dehne.

Kulturaufgaben im Rathaus.

Die rechte Seite lehnt mentwegt ab!

In der Stadtkonferenz der Stadtverordnetenversammlung kamen gestern die rechtsstehenden Fraktionen wiederholt in die Lage, ihren Ablehnungseifer zu betätigen. Daß sie sich dabei gegen wichtige Kulturaufgaben wandten, ist bei ihnen nicht verwunderlich. Sie waren nicht dafür zu haben, daß die Stadt Berlin die finanzielle Lage der Volksbühne durch Übernahme der Bürgerschaft für ein großes Darlehen sichert. Sie versuchten gegenüber der nun endlich an die Stadtverordnetenversammlung gelangten Magistratsvorlage, die bekannte 10-Pf.-Zulage an Arbeiter technischer Betriebe der Stadt zu zahlen, nochmals einen erbitterten Kampf. Sie wehrten sich dagegen, daß bei der Stilllegung des Gaswerkes in der Gütshiner Straße den Arbeitern Härten möglichst erspart werden sollen. Sie hatten Bedenken gegen die sofortige Annahme des Antrages betreffend die Einstellung von 15 Millionen für Kinderverpflegung in den Jugendamtsetat. Es ist ein Glück, daß nicht diese Parteien im Rathaus die Mehrheit haben. Die drei linksstehenden Parteien sorgten dafür, daß die oppositionsfähigen, ablehnungseifrigen Deutschnationalen usw. sich eine Niederlage nach der andern holten.

Sitzungsbericht.

Die gestrige außerordentliche Sitzung wurde durch den Vorsitzenden Dr. Wepl 5,10 Uhr eröffnet.

Eine Anfrage der D. Bp. verlangt Auskunft über die Bemerkung der Lebensmittellisten zu Reklamezwecken. — Stadtrat Wuhlfi antwortet, daß der Magistrat bezüglich Anträgen Folge gegeben hat, daß von den betr. Firmen Gebühren dafür entrichtet werden und die vermittelnde Firma von den Beträgen bis 40 000 M. 20 Proz., von höheren Beträgen 25—30 Proz. Provision erhält.

Ein von Dr. Kaufhold begründeter Antrag der Dnat. geht dahin, zur

Behebung der Wohnungsnot

befehlunigt darauf hinzuwirken, daß 1. der Ankauf von Hotels und sonstigen Häusern für wirtschaftliche Verbände, Syndikate u. dgl. unterbunden wird, 2. die Reichs- und Staatsregierung durch schnellere Auflösung der Zwangsverwaltungen Räume für neue Bureaus und für Wohngelegenheit schafft. — Die Versammlung nimmt mit großer Mehrheit den ersten Teil an, lehnt dagegen den zweiten Teil, gegen den sich Richter (U. Soz.) ausspricht, ab.

Die Vorlage der Gastwirtschafts- u. Konzessionssteuer hat eine besonders gründliche Ausschussberatung durchgemacht. Gleichwohl wollen heute die U. Soz. und die Kommunisten obermässige Zurückweisung. — Bruns (Soz.) erklärt sich dagegen; seine Freunde würden, da man in einer Zwangslage sei, der Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt zustimmen. — Die Annahme der Ausschussfassung erfolgt mit erheblicher Mehrheit.

Gelegentlich einer Vorlage wegen Beschaffung von Büchern usw. in der Stadtbibliothek vertritt Bruns (Soz.) einen Antrag, den Magistrat zu ersuchen, seinen neuerlichen Beschluß, daß von dem etatsmäßig veranschlagten Betrage nur 20 Proz. zum Ankauf von Büchern verwendet werden dürfen, aufzuheben und die Verwaltung zu ermächtigen,

bis zur vollen Höhe der veranschlagten Summe Bücheranschaffungen vorzunehmen. Sparsamkeit auf diesem Gebiete würde sich bitter zeigen. Viele Kreise seien heute der Möglichkeit beraubt, Bücher zu kaufen, sie seien auf die Bibliotheken angewiesen. — Nachdem auch Galle (Z.) und Dove (Dem.) sich in gleichem Sinne geäußert, wird der Antrag Bruns einstimmig angenommen.

Gegen die Übernahme der Bürgerschaft für ein von der „Volksbühne E. B.“ aufzunehmendes Darlehen von 7 Millionen Mark haben Dr. Steiniger (Dnat.) und Frau Dr. Meyer (D. Bp.) ernsthafte Bedenken und halten Ausschussberatung für geboten. Auch Dr. Helmke (Dem.), der für das Institut der „Volksbühne“ lebhaftes Sympathie bezeugt, will in einem Ausschuss die Gründe prüfen,

die den Magistrat anscheinend veranlaßt haben, die direkte Hergabe des Darlehens abzulehnen. Harnisch (U. Soz.), Gabel (Komm.) und Löwy (Soz.) treten für sofortige Annahme der Vorlage unter Rückhaltlos.

Anerkennung der Tendenzen und Leistungen der „Volksbühne“
ein. — Die Ausschussberatung wird abgelehnt, die Vorlage angenommen. Der zweiten Lesung widerspricht Südicke (Dnat.); sie kann daher erst in der nächsten Sitzung erfolgen.

Angenommen wird der Antrag der Wirtschaftl. Bgg., auch an Sonnabenden die Verkaufsstände um 7 Uhr zu schließen.

Zur Vorlage betr. teilweise

Stilllegung des Gaswerkes in der Gütshiner Straße

hat der Ausschuss mit 6 gegen 5 Stimmen die Genehmigung empfohlen; weitergehende Anträge, die im Interesse der dortigen Gaswerksarbeiter gestellt waren, sind abgelehnt worden. — In der Erörterung werden diese Anträge zum Teil wieder aufgenommen. Leh (Komm.) will die betr. Arbeiter bei einer zu erbauenden Leerdestillation unterbringen.

Müntner (Soz.) nimmt den von der Ausschussmehrheit abgelehnten Antrag wieder auf, die Stilllegung nur in dem Umfange vorzunehmen, als Härten bei der Entlassung von Arbeitern (es kommen 742 in Frage) sich vermeiden lassen. Die Fraktion sei einverstanden, daß dieses älteste der Berliner Gaswerke zu gegebener Zeit eingestellt wird; man dürfe aber die ältesten und verdienstlichsten Gasarbeiter nicht einfach auf die Straße werfen, nachdem sie ihre Schuldbüchel getan hätten. — Michaelis (Dem.) ist gegen beide Anträge; man dürfe die Stilllegung an keinerlei Bedingung knüpfen.

Wagenführer von der Wirtschaftl. Bgg. stellt den Beweis für erbracht an, daß alle Sozialisierungs- und Kommunalisierungsmaßnahmen nur die Allgemeinheit schädigen. — Gottfried Schulz (U. Soz.) tritt ihm an der Hand des Materials entgegen. In der Abstimmung wird der Antrag Leh, daß bei der teilweisen Stilllegung Arbeiter nicht entlassen werden dürfen, sondern anderweit unterzubringen sind, gegen Unabhängigkeit und Kommunisten abgelehnt, der von Müntner empfohlene Antrag dagegen mit den Stimmen der 3 sozialistischen Fraktionen angenommen und hierauf auch die Vorlage.

Zur Beratung gelangt nunmehr die Nachtragsvorlage, die die (von uns bereits im Bericht über die Sitzung vom 26. Mai mitgeteilte) Liste der Betriebe aufzählt, welche nach der Vereinbarung mit den Arbeitnehmerverbänden als technische gelten sollen und deren Arbeiterschaft vom 1. November 1920 ab den

Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde

erhalten soll.

v. Egnern (D. Bp.) vermißt jeden Vorschlag zur Deckung des erforderlichen Ausgabebetrages von 5 bis 6 Millionen in der Vorlage, die daher dem Magistrat zurückzugeben sei. — Haß (Soz.) protestiert gegen diesen neuen Verschleppungsversuch. Sieben Monate hätten die Arbeiter auf die Erfüllung ihres Anspruchs gewartet, und auch jetzt sei nur ein Teilerfolg erzielt und ein Teil der Arbeiterschaft auf einen neuen Scheidsspruch verwiesen worden. — Koch (Dnat. Bp.): Eine größere Hilfslosigkeit als heute ist beim Magistrat noch nicht zutage getreten; er übersieht die Verantwortung einfach der Versammlung. Wo sollen die 5 bis 6 Millionen herkommen? (Zuruf von Adolf Hoffmann: Als die Gehälter der Pfaffen erhöht wurden, war auch keine Deckung da! Heiterkeit und Lärm.) Wieder wird die Politik leichtfertiger Bankrottiers getrieben! — Stadtrat Hingke: In einigen Wochen wird der Etat vorliegen, und er wird zu zeigen haben, daß die sozialen und kulturellen Aufgaben nicht zu sehr leiden dürfen. Dem verdankt man, daß wir in solche Notlage geraten sind? (Sturm rechts und links; Rufe links: Militarismus! Kriegerverbrecher! Rapp-Rußch! Rufe rechts: 9. November!) Dieser Betrag von 5 bis 6 Millionen wird durch die Werke zu decken sein. — Bürgermeister Ritter entschuldigt die von Koch bemängelte Abwesenheit von Böß und Korbina, die beide amlich verhindert seien. Auch der preussische Etat für 1921 schließt mit einem Milliardefizit ab. — Weiter sprachen Zimmermann (U. Soz.) und Dörr (Komm.), der sämtlichen Arbeitern und Angestellten der Stadt Berlin die 10 Pf. Stundenzuschlag zuzusprechen beantragt. Werde die Straßenbahn als technischer Betrieb anerkannt, so müsse auch allen darin Beschäftigten der Zuschlag gewährt werden. Berlin habe die Verpflichtung,

die Not der Zeit zu erkennen und ihre Arbeiter dementsprechend zu stellen, damit Sorge man vorbildlich für die Arbeiterschaft, man gebe der Unternehmerschaft das gute Beispiel. — Kleinau (Dem.) ist auch bedenklich wegen des Fehlens der Deckung, daneben wegen der Schwierigkeit der Feststellung der Eigenchaft als Schwerarbeiter.

Die Anträge v. Egnern und Dörr werden abgelehnt, die Vorlage angenommen.

Hierauf begründete Gabel den kommunistischen Antrag wegen

Freigabe der städtischen Frei- und Flussbäder

für Erwerbslose und Kurzarbeiter. Kirchner (Dnat.) hat nichts gegen die Tendenz des Antrages, sieht aber die Durchführung bei dem elenden Zustand der Finanzen Berlins nicht als möglich an. Zimmermann (U. Soz.) beantragt Ausschussberatung, desgleichen Dittmer (Soz.), der auch die Freibadfrage generell zu regeln für notwendig erklärt.

Der Antrag geht an einen Ausschuss, der in der Donnerstags-Sitzung der nächsten Woche berichten soll.

Ein Antrag Wepl, den Frau Demning (U. Soz.) begründet, verlangt die Einstellung von 15 Millionen in den Etat des Jugendpflegeamtes für 1921 zur

Verpflegung von Kindern aufs Land.

Rämmerer Karding: Der Magistrat hat bereits vor der Staatsberatung 10 Millionen für diesen Zweck als angemessene Summe normiert, die sich durch die Elternbeiträge entsprechend ermäßigen würde. Ohne Not darf diese Summe heute nicht überschritten werden. Die bisherige Staatsberatung hat leider bereits die Notwendigkeit von Reduktionen auch bei Ausgaben dieser Art für den Magistrat ergeben. (Hört!) Die Versammlung sollte den Antrag dem Staatsausschuss überweisen.

In der anschließenden Debatte fordert Stadträtin Wepl sofortige Entscheidung ohne Ausschussberatung, denn die Vorbereitungen zur Verpflegung müßten jetzt geschehen. — Außer Dr. Salzhager (Z.) tritt auch Frau Schmitz (Soz.) für den Antrag ein, während die Redner der Rechten formale und finanztechnische Bedenken vorbringen.

Um 10 Uhr wird über den Antrag Wepl abgestimmt; Ergebnis: Annahme.

Nächste Sitzung Donnerstag, 9. Juni.

Drohende Kohlennot.

Die Kohlenwirtschaftsstelle in den Marken leidet mit: Durch die in Oberschlesien seit Anfang Mai bestehenden Unruhen und durch den fürlich in Niederschlesien ausgebrochenen Streik der Bergarbeiter ist die Steinkohlenversorgung der Mark Brandenburg fast vollständig ins Stocken geraten. Die anderen Kohlenreviere sind bei weitem nicht in der Lage, den ganzen Ausfall aller schlesischen Kohlen zu decken. Infolgedessen muß die Industrie gewärtig sein, daß schon in den allerersten Tagen einzelne Betriebe zum Stillstand kommen, falls eine Streckung der bei ihnen etwa noch vorhandenen hochwertigen Kohlenmengen mit minderwertigen Brennstoffen nicht durchgeführt wird. Alle Kueuingänge und die noch vorhandenen kleinen Vorräte müssen für die Aufrechterhaltung der lebenswichtigsten Betriebe, wie Elektrizitäts- und Gaswerke, Wasserwerke, Kanalisationswerke, Lebensmittelbetriebe, Krankenhäuser, Verkehrsunternehmungen vorbehalten bleiben. Der Verbrauch an Gas und Elektrizität ist weitestgehend einzuschränken, da andernfalls das teilweise Abschalten ganzer Strombezirke schon in allernächster Zeit eintreten müßte, um die Elektrizitätswerke über Wasser zu halten.

Postwagenberaubung im D-Zuge.

Der Täter in Siegen verhaftet.

Ein Postdiebstahl, bei dem der Dieb für mehrere Millionen Mark Werte erbeutete, wurde am 12. April bei Stendal verübt. Die Werte wurden aus dem Postwagen eines D-Zuges von Berlin nach Hannover auf der Strecke kurz vor Stendal gestohlen. Der Kriminalpolizeistelle in Berlin ist es jetzt in Verbindung mit dem Untersuchungsreferenten der Oberpostdirektion gelungen, den Diebstahl aufzuklären, den Täter hinter Schloß und Riegel zu bringen und das gestohlene Gut wieder herbeizuschaffen und sicherzustellen.

Nachdem festgestellt worden war, daß zu der Beute des Diebes außer Diamanten auch Wertpapiere und Schecks gehörten, wurden sofort alle Banken benachrichtigt. Durch diese

Stine Menschenkind.

III. Der Sündenfall.

Von Martin Andersen Regö.

„Ich bin erst neunzehn Jahre,“ sagte Karl. „Aber wir können uns verloben.“

„Ach so, aha! Ja, das ist denn gleich was anderes.“ Lars Peter war wieder abgetüht. Am liebsten hätte er ein gehöriges Donnerwetter auf den Sohn vom Bakkehof herniedergehen lassen, aber die Gelegenheit war nicht mehr geeignet dazu, Donnerreden zu halten, sie hatten sich schon zu weit in Verhandlungen eingelassen.

„Weißt du, du hast dich recht garstig benommen,“ sagte er und blieb stehen. „Aber wir armen Leute können von euch Bauern wohl nichts anderes erwarten.“

„Das darfst du nicht sagen,“ erwiderte Karl. „Ich hab' keinen Grund, auf irgend jemand herabzusehen. Und es ist mir nie eingefallen, euch schädigen zu wollen.“

„Rein, das mag schon sein.“ Lars Peter reichte halb wider Willen seine Hand hin — er konnte nie lange zürnen. Das war ein rechter Waschappen! Aber was sollte er machen! „Na, denn abjuss! Vielleicht läßt du von dir hören?“

„Ich hätte Stine gern guten Tag gesagt,“ sagte Karl zögernd.

„So, so!“ Lars Peter lachte. „Und das soll' unser- eins nun also besorgen — närrisch gut, wie man is! Rein, Schweine sind wir ja, aber wühlen tun wir denn doch nicht!“ Lars Peter ging ein paar Schritte vorwärts, kehrte aber dann wieder zurück. „Nehmet' mich nicht! Wenn das Mädel Lust hat, die Bekanntschaft fortzusetzen, dann meintwegen! Aber darüber hat sie selbst zu bestimmen.“ Mit diesen Worten ging er nach Hause, um sich schlafen zu legen.

16. Der Sohn vom Bakkehof.

Als Lars Peter nach Hause kam und ein Wörlein mit dem kleinen Brandstifter reden wollte, war dieser verschwunden. Er hatte durchs Fenster Reifhaus genommen.

Lars Peter ging auf den Speicher und legte sich hin, konnte aber nicht einschlafen. Die Begegnung mit dem Sohn vom Bakkehof hatte nicht gerade ermunternd auf ihn gewirkt;

das war ja ein ganz sonderbarer Schlappschwanz, mit dem das Mädel sich da eingelassen hatte, ein recht verschrobener Bursche. Einen Augenblick hatte er den Gedanken gehabt, daß Karl ihnen vielleicht Genugtuung geben werde, so daß sie den Leuten wieder in die Augen sehen könnten; aber da hatte es sich also herausgestellt, daß der Bursche noch nicht einmal alt genug zum Heiraten war. Sich selber konnte er wohl auch kaum versorgen, und er besah nichts. Das war also eine schöne Geschichte! Lars Peter grübelte und grübelte; und unten aus der Stube der alten Doriom hörte er das unaufhörliche Weinen des Zwillingings. „Großmutter schläft die ganze Zeit, o—ho, ho, Großmutter schläft die ganze Zeit!“ meinte das Kind unaufhörlich. Es klang wie ein Klagegefang.

Er stand auf, ging über den Speicher und stieg die Treppe des Nachbarns hinab. Der Zwilling sah, jämmerlich verheult, oben auf dem Deckbett im Alkoven der Alten und wiederholte seine Klage, und in dem Bett lag die Alte und war tot. Sie war es bereits eine ganze Zeit; sie war kalt, und die Ratten waren schon an ihr gewesen. Das Kind sah beinahe aus, als hätte es die ganze Nacht auf ihrem Bett gelegen und gebrüllt. Es war eine Schande, daß niemand den Jungen gehört hatte. Aber die Ohren waren so vollgetrunk mit Kinderschluchzen von hier drinnen, daß sie nichts mehr hörten. Lars Peter nahm den Kleinen mit zu sich.

„Ich hab' hier ein kleines Wesen, das niemanden in der Welt hat, an den es sich halten kann,“ sagte er. „Die Mutter läßt sich ja nie mehr sehen, und nu is die Alte drin gestorben. Meinst du nicht, daß wir für den da noch einen Bissen Brot und ein Bettchen übrig haben?“ Sörine antwortete ihm nicht, aber sie nahm das Kind an der Hand und führte es in die Stube hinein. Lars Peter sah ihr dankbar nach. „Wir müssen eins von den Kindern zum Krugwirt schicken und den Todesfall anmelden,“ sagte er und ging wieder zu Bett. Nun konnte er endlich einschlafen.

Als er wach wurde und um die Mittagszeit herunterkam, war Christian zu Hause; er drängte sich fast an den Vater heran, als wolle er lieber gleich seine Prügel haben. Lars Peter sah es wohl, mußte aber nicht recht, wie er die Sache angreifen sollte. In alten Zeiten, ja — da hätte ihn die Tat einfach in Erregung versetzt; nun dachte er hauptsächlich an das Risiko, das die Sache brachte — und diese Seite war ja in Ordnung. Lars Peter hatte in den letzten Jahren seine

Erfahrungen gemacht; was ihm zustieß, ließ nicht mehr ab von ihm wie Wasser von einer Gans, sondern drang durch und veranlaßte ihn, über das Dasein nachzudenken. Dauern- den Rückgang hatte die Zeit ihm gebracht — ohne daß er irgendwie schuld daran gewesen wäre. Sein Haus war ihm genommen worden — und auch das Geld, das er dafür erhielt — und der große Klaus auch! Und Sörine — ja, die hatte er nun wieder, aber wie? Arm wie eine Kirchenmaus war er geworden insofern aller seiner Anstrengungen, seiner Kackerei und seines Strebens, ein reichthaffenes Leben zu führen. Er war ein braver Tropf, der bis auf die Haut entkleidet worden war. Eine leere Tonne, das war das ganze Ergebnis! Und Stines Mißgeschick schlug dem Faß den Boden aus. Es gab keinen Grund, vorsichtig zu sein und die Hand über Leben und Besitz um derentwillen zu halten, die freigebig all das Seine verschwendeten. Dankbarkeit gegenüber denen, die in der Gesellschaft über ihm gestellt waren, hatte Lars Peter nie empfunden — es war kein Anlaß dazu gewesen, gerade dieses Gefühl zu pflegen. Aber er hatte sich in die Zustände gefügt und für alle Teile das Bestmögliche daraus zu erzielen gesucht. Manchmal hätte er wohl Luft gehabt, hart zuzupacken. Er würde nicht geweint haben, wenn der Bakkehof ganz in Flammen aufgegangen wäre — vorausgesetzt, daß nichts auf dem Burschen und ihnen sitzengeblieben wäre.

Nach einigen Wochen tauchte der Sohn vom Bakkehof abermals im Dorf auf, diesmal, um sich dort niederzulassen. Wie es schien! Er schämte sich noch nicht einmal wie andere Menschen! Mit einem Bündel Arbeitszeug unterm Arm und Schaufel und Spaten auf dem Nacken kam er zum Krug und fragte nach Arbeit; eine wohlwollende Seele überbrachte Lars Peter die Neuigkeit. „Seht er seinen Fuß hierher, so steigt er kopfüber wieder hinaus,“ sagte Lars Peter drohend.

Als Stine eines Morgens an die Fenster trat, um sie zu öffnen, sah sie ihn draußen in der neuen Gartenanlage bei der Villa Erde fahren. Sie hätte beinahe aufgeschrien, als sie ihn erblickte; niemand hatte ihr gesagt, daß er hier sei. Noch sah es in ihr, das alte Grauen — alle Schrecken des Bakkehofs erwachten bei seinem Anblick zum Leben. Er trug nicht die Schuld, stand vor ihr als hilfloses Opfer wie sie selbst, aber er erinnerte an jene Schrecken.

(Fortf. folgt.)

Mafregel fand man die erste Spur in Siegen in Westfalen. Kriminaloberkommissar Flieger, der Leiter der Kriminalpolizei, fuhr nach Siegen und stellte fest, daß ein Mann, der sich Dietrich aus Berlin nannte, Schicks zur Einlösung vorgelegt hatte. Dietrich hatte von dem Hotel aus, in dem er wohnte, ein Ferngespräch mit einem Dienstmädchen geführt. Diese neue Spur wurde weiter verfolgt, das Dienstmädchen ermittelt und außer einem Teil der gestohlenen Werte auf dem Boden eines Hauses Dietrich selbst zutage gefördert, der von dem Mädchen verborgen gehalten worden war. Der Mann wurde verhaftet und bald entlarvt als ein 22 Jahre alter, aus Duisburg gebürtiger Otto Roth, der schon allerlei auf dem Kerbholz hatte. Wegen Urkundenfälschung und Unterschlagungen zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, war Roth aus der Strafanstalt entsprungen, hatte das unterschlagene Geld aus dem Versteck auf einer Zigarette herausgeholt, worin in Deutschland umhergefahren und endlich nach der Schweiz gekommen. In Zürich wurde er wegen Fälschung bestraft und dann über die Grenze zurückgeschoben. Mit Ausweis-papieren, die er einem jungen Manne abschwindelte, ausgestattet, lebte er jetzt noch eine Weile unter falschem Namen. Wieder mittellos geworden, sann er auf einen neuen Streich, für den er den Postwagen eines D-Zuges auswählte. Seine Absicht gelang ihm denn auch. Um möglichst rasch wieder bares Geld in die Hand zu bekommen, verkaufte er 40 Moratige Schleifdiamanten, die eine Viertelmillion Mark wert waren, in Honau an einen Juwelier für 40 000 M. Hierauf machte er den Versuch, auch einige Scheins in Geld umzusetzen. Der Beschaffere wurde rasch Berlin gebracht und sieht hier seiner Aburteilung entgegen.

Transportarbeiterverband gegen Kraftdrohnensteuer.

Der Deutsche Transportarbeiterverband wendet sich in einer Rundschreiben an uns gegen die vom Magistrat geplante Kraftdrohnensteuer unter Hinweis darauf, daß bereits in einer Denkschrift an den Magistrat vom 10. Februar d. J. der Meinung entgegengetreten wurde, daß die Kraftdrohne keineswegs nur ein Beförderungsmittel für Arbeiter und Kriegsgewinnler sei. Der größte Teil der Fahrten werde heute für Karren, Rechtsanwältin und Geschäftsleute ausgeführt. Der Fahrpreis ist durch die außerordentlich hohen Betriebsstoffe usw. derartig hoch, daß bei einer zehnprozentigen Erhöhung eine Abwanderung der Passagiere eintreten werde. Die Folge wäre, daß ein großer Teil der Unternehmer, die größtenteils aus Einzelbesitzern bestehen, ihren Wagen selbst fahren, die Fahrer entlassen würden und diese dann arbeitslos wären. Aus allen diesen und anderen wichtigen Gründen haben die Kraftfahrer in mehreren Versammlungen einstimmig beschlossen, gegen die Steuer anzukämpfen.

Schmiergelder und Baumwolle.

Hinter den Kulissen einer Kriegsgesellschaft.

In die Millionen gehende Besichtigungen eines Leiters einer Kriegsgesellschaft kamen in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zur Sprache. Wegen Vergehens gegen die sog. Schmiergeldverordnung vom 3. Mai 1917 war der Kaufmann Arthur Wenzel aus Schöneberg angeklagt.

Die Anklage legt dem Angeklagten zur Last, nachdem er auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten bei einer Kriegsgesellschaft verpflichtet worden war, sich für eine Handlung, die eine Verletzung der ihm übertragenen Obliegenheiten enthielt, Vorteile zu haben versprochen lassen. Der Angeklagte war Abteilungsleiter bei der Reichsvereinsstelle für Baumwolle, bei der sich, wie es so schön heißt, verschiedene Angestellte „gesund gemacht“ haben sollen. Er stellte hier gegen das Versprechen, an dem Geschäft beteiligt zu sein, einem Fabrikanten Paul Simon in Chemnitz widerrechtlich einen Zuteilungsschein über 4800 Kilogramm Baumwolle aus. — In der Verhandlung kam die bis jetzt ziemlich unbekannt gebliebene Tatsache zur Sprache, daß ein bei derselben Kriegsgesellschaft beschäftigt gemessener Kaufmann Hedel mit Besichtigungsgeldern in Höhe von vielen Millionen Mark noch rechtzeitig das Weite gesucht hatte und jetzt als sorgloser Rentier in Italien lebt.

Vor Gericht machte Rechtsanwalt Dr. Löwenthal als strafmildernd geltend, daß der Angeklagte ein Opfer der Verführung durch den seltigen Hedel geworden sei. Das Gericht belieh es bei einer Geldstrafe von ganzen 300 M. Der Amtsanwalt hatte 1000 M. Geldstrafe beantragt.

Die Teltower Kreisstadtwahlen für ungültig erklärt.

Der Bezirksauswahl von Potsdam erklärte die Kreisstadtwahlen vom 20. Februar für ungültig. Wesentlich war von herabgedenkten Seiten Widerspruch gegen die Wahlen erhoben worden. In der gestrigen Sitzung des Bezirksauswahls wurde festgestellt, daß eine große Anzahl Zettelverteiler auf Wahlzettel eine gewählt hatten, die für die Kreisstadtwahlen nicht gültig waren. Dadurch wurden 99 Stimmen falsch abgegeben. Ferner kam zur Sprache, daß in Bezug die Wahlurne offen gestanden habe.

Streik der Mineralwasserarbeiter.

Die in den Mineralwasserfabriken beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher haben infolge des ablehnenden Verhaltens der Arbeitgeber beschlossen, den Kampf aufzunehmen. Das Zentralstreikkomitee befindet sich bei Hentze, Melchiorstr. 15. Tpl. 1834; Nebenstreikkomitee: Norden: Kerin, Pantstr. 66, Rd. 5344, Süden: Wenzel, Schönleinstr. 26, Tpl. 10533, Westen: Petri, Charlbg., Rehringstr. 9, Wpl. 1821. Heute abend 7 Uhr Streikversammlung, Versammlungslokal ist in den Abendausgaben der Arbeiterblätter angegeben. — Die Streikleitung.

Bezirksversammlungen.

Die Bezirksversammlung des 9. Bezirkes (Wilmersdorf) beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit dem diesjährigen Etat. Stadtrat Frank wies darauf hin, daß der vorjährige Etat eine Einnahme von 33 Millionen Mark und eine Ausgabe von 33 Millionen Mark, mithin ein Defizit von 60 Millionen Mark aufzuweisen hatte, während in diesjährigen 44 Millionen Mark Einnahme gegen 114 Millionen Mark Ausgabe stehen, so daß ein Defizit von 70 Millionen Mark vorhanden ist. Er sowohl wie einige bürgerliche Staatsredner bedauerten, daß das Bezirksamt keinen Einfluß auf die Einnahmeseite des Etats habe und in Bezug auf die Ausgaben nur Wünsche äußern dürfe. Bemängelt wurde auch, daß kein Vertreter des Magistrats Berlin bei der Besprechung des Etats anwesend war. Bemerkenswert ist noch das Eingeständnis des Volksparteilers Dr. Leidig, daß bei einer etwaigen Auflösung Groß-Berlins und Wiedereinführung der früheren selbständigen Gemeinden die frühere ausgezeichnete Finanzlage nicht wieder hergestellt werden könne. Die Rechte mußte sich von demokratischer und sozialistischer Seite lösen lassen, wie sehr in früheren Zeiten Wilmersdorfs die reaktionäre Vertretung sich an der Allgemeinheit veründigt hat, so daß jetzt noch mancher Posten auf der Ausgabe Seite des Etats erscheint, der früher wesentlich geringere Mittel erfordert hätte.

Bezirk 11 (Schöneberg-Friedenau). Die Fraktionen der Rechten hatten, nachdem sie in der Berliner Stadtverordnetenversammlung wegen des Straßenhandels und der ungeliebten Mißstände auf den Wochenmärkten abgefallen sind, einen neuen Vorstoß unternommen. Dr. Engelbrecht begründete den Antrag, indem er alle Ladenhüter heranzog, die von seinen Parteifreunden schon vor Jahrzehnten über die Warenhäuser vorgebracht wurden. Ihm wurde vom Genossen Frißlich gebührend geantwortet. Dem leichtfertigen Hauptverfechter von Mißständen in der kommunalen Wirtschaft Reußlin, Herrn Lange, forderte unser Redner auf, Beweise

für seine Ausführungen zu erbringen. Da er dazu nicht in der Lage war, soll ihm hierzu Gelegenheit gegeben werden. Ein weiterer Antrag, die Volksbibliothek von der Hedwigstraße nach dem Rathaus Friedenau zu verlegen und dafür eine Zweigstelle in der Kolonie Lindenau einzurichten, fand einstimmige Annahme. Eine Anfrage unserer Genossen wegen der Instandsetzung der 6. und 7. Gemeindefschule wurde vom Genossen Czerninski begründet. Baurat Lassen beantwortete die Anfrage dahin, daß das Wohnungsamt in der Lage sei, in kürzester Frist die Schule zu räumen und daß dann mit den Arbeiten sofort begonnen wird, so daß die Schule zum Oktober ihrem Zweck übergeben wird. Hierauf trat die Versammlung in die 2. Lesung des Haushalts ein. Durch die sonderbare Geschäftsführung des Vorstehers wurde die erst abgeleitete Generaldebatte zugelassen. Genosse Erdmann bedauerte, daß recht viel Aufgaben kultureller und sozialer Hinsicht bei der ungünstigen Finanzlage der neuen Stadtgemeinde nicht so berücksichtigt werden können, wie wir es immer verlangt haben. Die werdenden Anlagen müssen besser ausgebaut und im Interesse der Allgemeinheit geführt werden. Besiehende Verträge, die noch zu den Friedensjahren bestehen, müssen durchgesehen und den heutigen Verhältnissen angepaßt werden. Im übrigen habe man dem neuen Berlin von bürgerlicher Seite aus das Leben recht teuer gemacht. Gegen diese Bewegung, die aus Lokalpatriotismus von einzelnen Gruppen der westlichen Vororte in Szene gesetzt wurde, um ihre eigenen finanziellen Interessen dahinter zu verbergen, werden unsere Genossen und mit ihr die gesamte Arbeiterschaft auftreten. Hierauf wurde der Etat gegen die Stimmen der beiden Kommunisten angenommen. — Der Rest der Tagesordnung wurde abgelehnt und die Versammlung verlag.

13. Bezirk (Tempelhof). Eine Anfrage Richter und Genossen (USP.) betriebs der Rekl. und Brotartenverschiebung in Mariendorf wurde vom Stadtrat Küter dahin beantwortet, daß die Rekl., die durch die Tagespresse ging, derzufolge die Gemeinde Mariendorf einen Schaden von 1 bis 1 1/2 Millionen Mark gehabt hätte, nicht zutreffend sei. Das Rekl., das die Bäckermeister auf den verbotenen Brotarten durch den Magistratsbeamten Philipp erhalten haben, sei bezahlt worden. Es liegt allerdings eine Schädigung der Allgemeininteressen vor. Wenn die Unternehmung abgeschlossen sei, werde der Bezirksversammlung Bericht erstattet werden. Eine Anfrage unserer Fraktion, betreffend die Außerpeilung am Tage der Lutherfeier, die Genosse Gerlach kurz begründete, beantwortete Stadtrat Küter dahingehend, daß die Außerpeilung am Tage der Schulfestern nicht deshalb abbestellt worden ist, weil am nächsten Tage die Beerdigung der ehemaligen Kaiserin erfolgte, sondern weil eine ganze Anzahl von Kindern an der trübsamen Feier teilnahm und infolgedessen Essen übriggeblieben wäre. Brandt (Komm.) verurteilt ein derartiges Verfahren. Wenn eine Anzahl von Kindern in die Kirche gehen wollen, so dürfen die anderen nicht darunter leiden. — Der Etat des 13. Bezirkes ist mit 32 Millionen Mark in Ansatz gebracht. Vom Berliner Magistrat ist ein Abschluß von 8 Millionen Mark vorgegeben. Der Haushaltsausfluß des Bezirkes ist nach dem Bericht des Bezirksverordnetenvorstehers Jung zu dem Ergebnis gekommen, daß ein Ueberschuß von 4 585 702 M. vorgenommen worden ist. Infolgedessen vermindern sich auch die Einnahmen, so daß im ganzen eine Abreibung von 3 625 181 M. übrig bleibt. Mehr ist unter keinen Umständen zu entnehmen. Es wurde sofort in die Spezialdebatte eingetreten, die durch eine ganze Anzahl von Änderungsanträgen und Vorschlägen der USP. so ausgedehnt wurde, daß die bürgerlichen Vertreter die Versammlung verließen, wodurch diese beschlußunfähig wurde.

Geldspielautomaten verboten!

In letzter Zeit hat sich die Zahl der Geldspielautomaten in Groß-Berlin ungeheuer vermehrt. Außerdem sind in zahlreichen Schauplätzen Geldspielautomaten neu aufgestellt worden. Es wird deshalb daran erinnert, daß nach einem Urteil der 8. Strafkammer des Landgerichts I vom 18. März 1910 die Aufsteller von Geldspielautomaten jeder Art, bei denen ein Einsatz auf Gewinn geleistet wird, besonders auch die Schauplätze sich strafbar machen. Die Polizeiamter sind ersucht worden, die ausnahmslose Ausführung der Verfügung der Abteilung IV des Polizeipräsidiums vom 19. März 1910 ungehindert zu veranlassen, soweit es sich um die in Schauplätzen und auf Nummernläden aufgestellten Geldspielautomaten handelt. Hinsichtlich der Geldspielautomatenhallen werden noch besondere Bestimmungen getroffen.

Das Großfeuer in der Mühlenstraße bei der Papierergroßhandlung konnte im Laufe des gestrigen Tages gelöscht werden, doch dürften sich die Aufräumungsarbeiten noch mehrere Tage hinziehen. Die Höhe des Schadens ließ sich noch nicht feststellen, zunächst muß der Wert der geretteten Papierreicht ermittelt werden.

Die neuen Vorortstreden. In dem Berliner Vorortverkehr werden mit dem heutigen Tage zwei Vorortstreden neu in den Verkehr einbezogen: die Streden Wannsee-Deich-Heißtätten und Spandau-Wütermark. Auf beiden Streden galten bisher die Fahrpreise für den Fernverkehr, die wesentlich höher sind, als die Vororttarife. Auf beiden Streden wird nun infolge der Verlegung des Termins zur Einführung der neuen Vororttarife auf den 1. Juli die sofortige Einführung des Vororttarifs noch nicht möglich. Daher hat die Eisenbahndirektion Berlin in einer Bekanntmachung soeben bestimmt, daß die bisherigen (nicht erhöhten) Fahrpreise des Fernverkehrs auf diesen beiden Streden im Monat Juni noch unverändert bestehen bleiben, während gleichzeitig mit der Tarifänderung im Vorortverkehr am 1. Juli dann auch die neuen Fahrpreise für Einzel- und Monatskarten zu den Sagen des Vorortverkehrs auf diesen beiden Streden zur Einführung gelangen sollen.

Zum Landrat des Kreises Osthavelland wurde der bisherige kommissarische Landrat Giese mit 15 gegen 10 Stimmen gewählt.

Eine Kriegsbeschädigten-Selbstfahrer-Schau, verbunden mit einem Vergleichsfahren, veranstaltet der Reichsbund der Kriegsbeschädigten am Sonnabend, den 11. Juni, im Tiergarten. Im Anschluß an das Vergleichsfahren, dem anerkannte Fachleute betreiben, und an dem sich alle Kriegsbeschädigten mit Selbstfahrern beteiligen können, findet eine Preisverteilung statt. Es stehen Preise von 50 bis 500 M. zur Verfügung. Die Selbstfahrer-Schau und das Vergleichsfahren wird ferner von den schwerbeschädigten Kriegsteilnehmern, die sich zu ihrer Fortbewegung eines Selbstfahrers bedienen müssen, in ihrem eigenen Interesse lebhaft begrüßt werden. Bedingung zur Teilnahme an der Veranstaltung ist, daß die Anmeldung bis zum 4. Juni schriftlich an den Bundesvorstand des Reichsbundes, Berlin SW 29, Velle-Alliance-Str. 16, erfolgt.

Der Plättler als Nachkoll. Ein harmloser Plättler im Hause Steinwegstr. 63, in dem am Tage Freitag gehängt wurde, vertauschte sich seit einiger Zeit nach Sonnenuntergang in ein Nachkoll, in dem der Sekt — die Flasche zu 275 M. — ausgedehnt wurde. In der Nacht zum Dienstag bereitete die Polizei dem Jährl ein frühzeitiges Ende, indem sie die anwesenden Personen feststellte und den Betrieb schloß.

Für die Wiederkehr des Tages des Kriegsausbruches ist vom Reichsbund der Kriegsteilnehmer (wie im vergangenen Jahre) eine große Demonstration für den Völkerrfrieden in Aussicht genommen worden. Das Meeting wird am Sonntag, den 31. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lustgarten stattfinden. Die Teilnahme aller verwandten Organisationen ist beabsichtigt. Als Referenten sind namhafte sozialistische und demokratische Politiker und Völkerrichter gewonnen worden. Die Kundgebung wird, wie am 1. August 1920, unter dem Zeichen des Programmvortes „Nie wieder Krieg“ stehen.

Das heutige Sommerfest der Groß-Berliner Schutzpolizei im Lunapark beginnt um 8 Uhr nachmittags. Sollte der Wettergott

gnädig sein, so werden der Wohlfahrtsverein der Schutzpolizei reiche Summen zufließen.

Gegen das Reichsbrotengesetz beantragt der Mieterverein Charlottenburg E. B. in der Woche fünf öffentliche Protestversammlungen in folgenden Lokalen: Mittwoch, 8 Uhr, Schulaula, Sophie-Charlotten-Str. 69; Donnerstag, 8 Uhr, Schulaula, Ebbelstr. 24; Freitag, 8 Uhr, Hohenstaufenstraße, Berliner Straße 105; Sonnabend, 8 Uhr, Schulaula, Querstr. 32.

Zur Krolltheater findet heute die Uraufführung der Lustspiel-Schau „Ein Tag Durra“ statt, in der Wilhelm Hartstein die Hauptrolle darstellt und in der außerdem von bekannten Künstlern noch die Herren Albert Schulz, Heinz Gornow und die Damen Erna Alberts und Elie Schieba beschäftigt sind. Eine besondere Neuheit bietet die Aushaltungs-schau im zweiten Akte, in dem ein Originalpferderennen stattfindet.

Aus unseren Berliner Kreisen.

In der Vertreterversammlung für den 14. Kreis gab Genosse Heilmann den Tätigkeitsbericht des Kreisvorstandes. Erwähnenswert ist, daß die Kreisorganisation zurzeit 5295 männliche und 1217 weibliche, zusammen 6512 Mitglieder zählt. Der Jugendorganisation gehören 302 Mitglieder an. Die Neuwahl des Kreisvorstandes ergab: Paul Feller, 1. Vorsitzender; Fritz Brinkmann, 2. Vorsitzender; Krendt und Renner-Brig, Schriftführer. Ein Antrag Ushöfer, der verlangt, daß die SPD-Stadts- und Bezirksverordneten bei Vergebung kommunaler Arbeiten gemeinnützige Firmen bevorzugt, wurde dem Kreisvorstand zur weiteren Erledigung überwiesen.

In der letzten Vertreterversammlung des 16. Kreises (Köpenick) hielt Genosse Ernst Heilmann das Referat über die politische Lage, bewies die Notwendigkeit der Annahme des Entente-Minimums und begründete unter einstimmigem Beifall der Versammlung seinen Standpunkt, daß wir an einer Regierung mit Einschluß der Deutschen Volkspartei nicht teilnehmen können. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen und soll in den einzelnen Abteilungen des Kreises in nächster Zeit weiter behandelt werden. — Aus den sonstigen Verhandlungen ist zu erwähnen, daß der Vorsitzende, Genosse Schubert, den Jahresbericht erstattete. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis. Da Genosse Schubert aus Gesundheitsrücksichten sich leider gezwungen sah, von einer weiteren Kandidatur abzusehen, wurde zum 1. Vorsitzenden der Genosse Ernst Ushöfer, Köpenick gewählt. 2. Vorsitzender wurde der Köpenicker Abteilungsleiter Genosse Ferdinand Breitenborn; 1. Schriftführer Genosse Otto Waldow, Köpenick, 2. Schriftführer Genosse Hermann Blum, Köpenick.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

- Heute, Mittwoch, den 1. Juni:
- 115. Wpl. Nichtenberg, 7 Uhr bei Süder, Jungstr. 29, 6de Oberstraße, Sitzung der Parteifunktionäre und Parteivorstandsausschüsse.
 - Morgen, Donnerstag, den 2. Juni:
 - 1. Kreis Mitte, 7 1/2 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes mit den Abteilungsleitungen im Restaurant Hitzgraben, Wpl. Schönhauser Str. 23/24.
 - 4. Kreis Prenzlauer Bor. 7 Uhr Kreisvertreterversammlung in der Schulaula Genselbergt. 6.

- 6. Kreis Hallesches Bor. 7 Uhr Öffentliche Volksversammlung in Miems Festsaal, Genselbergt. 13, Thema: „Allianz — Regierungsbildung — und die Rechtsparteien“. Referent Genosse Willi Rammstedt.
- 12. Wpl. Schöneberg, 8 Uhr Öffentliche Volksversammlung im Gymnasium Festsaal am Schulhof in Schöneberg, Thema: „Allianz — Regierungsbildung — und die Rechtsparteien“. Referent Genosse Dr. Adolf Braun.

- 114. — 119. Wpl. Nichtenberg, 7 1/2 Uhr Kreisversammlung im Festsaal des Götlichen-Anstalts, Nichtenbergstr. 13, Thema: „Das Paulsen'sche Schulprogramm“. Referent Genosse Prof. Dohring.
- 123. Wpl. Westensee, 8 Uhr Sitzung des Bildungsausschusses im Restaurant Friedensgarten, Westensee, 6de Rosenthaler, Wpl. Rosenthaler Str. 111/2, wichtiger Besprechung. Mitgliederklub und Parteilegitimiert. Der SPD-Verbandsklub für Handel und Industrie.

Frauenabende am Donnerstag, den 2. Juni:

- 107. Wpl. Wilmersdorf-Friedenau, 7 1/2 Uhr bei Ringenberg, Oranien-Str. 29, Thema: „Wohlfahrtsverein“. Referent Genosse Schönbauer.
- 63. Wpl. Nichtenberg, Die Mitgliederversammlung 1921 im Juni aus.

Jugendveranstaltungen.

- Berlin Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. Sekretariat: RR. 40, In den Zellen 24.
- Mittwoch, den 1. Juni, abends 7 1/2 Uhr:
- Tschudorf: Schule Tschudorf, Mitgliederversammlung. — Tschudorf: Gemeindefschule Berlin, Str. 19, Mitgliederversammlung. — Köpenick: Grün- oder Rieger Str., bei König, Mitgliederversammlung. — Gesundbrunnen: 208, Gemeindefschule, GutsMuths-Str. 2, Mitgliederversammlung. — Gropshoferfelder: Albrechtstr. 14, Mitgliederversammlung. — Knecht: Albrechtstr. 24, Mitgliederversammlung. — Prenzlauer: Genselbergt. 6, Mitgliederversammlung. — Nichtenberg: Parkstr. 10, Mitgliederversammlung. — Nichtenberg: Gemeindefschule, Nichtenbergstr., Referent: Hanna von Barahelm. — Norden: Schule Nichtenberg, Str. 3-6, Mitgliederversammlung. — Osten: Petersburger Viertel: Straßenmannstr. 6, Mitgliederversammlung. — Prenzlauer Vorstadt: Genselbergt. 6/7, Mitgliederversammlung. — Stettin: Genselbergt. 14, Mitgliederversammlung. — Köpenick: Genselbergt. 13, Mitgliederversammlung.

Wirtschaft

Zum Wiedergutmachungsprogramm.

Die konservative Presse nimmt zu den von uns veröffentlichten Forderungen nach einem Wiedergutmachungsprogramm Stellung, das neben einer großzügigen Produktionspolitik für die Uebergangszeit die Beteiligung des Reiches an den Bodwerten verlangt. Während die „Kreuz-Ztg.“ dabei noch einigermaßen sachlich vorgeht, eröffnet der unsferblich bliamierte Kriegsfinanzminister Dr. Helfferich eine regelrechte Propaganda gegen die Leistung der Wiedergutmachung, indem er die Urheber dieses Planes als Zwangsvollstreckter der Entente hinstellt. Dabei behauptet er trotz Kenntnis unseres Artikels, also wider besseres Wissen, das Produktionsprogramm sei nur ein der Vermögensbeschlagnahme umhängendes „durchsichtiges Käntelchen“, nur um zu dem Vorwurf kommen zu können, eine solche Politik steuere auf eine beschäftigte Veräußerung der deutschen Vermögenswerte hin. Nach dieser Kraftleistung ist es unnötig, auf die erigen Rechnungen des Herrn Helfferich einzugehen, der seine Rechenschaftsflüchte in schon einmal mit vernichtendem Erfolg an der deutschen Finanzwirtschaft erprobt hat.

Nur müssen wir uns gegen die Unterstellung verwahren, als hätte irgendein Parteigenosse je beabsichtigt, ohne Not auf die Vermögenssubstanzen zuzugreifen. Bekanntlich war vorgeschlagen, zunächst die laufenden Einnahmen an Zinsen und dergleichen aus dieser Beteiligung zur Wiedergutmachung zu verwenden. Der Fehlbetrag sollte nach Möglichkeit eben durch die Produktionssteigerung und, wo es irgend angänglich war, durch Steigerung der alten und Schaffung neuer Steuern ausgebracht werden. Erst wenn, wie schon heute vorauszu sehen ist, diese Maßnahmen noch nicht ausreichen, sollte zur Verpfändung oder Veräußerung deutscher Vermögenswerte geschritten werden. Herr Helfferich dagegen behauptet, der ganze Fehlbetrag sollte ohne weiteres zur Deckung des Jahresbudgets durch Verkauf der enteigneten Bodwerte aufgebracht werden. Das ist eine Unterstellung, wie sie nur einem Deutschen zuzutrauen ist, der aus agitatorischen Gründen eine Erfüllung der Wiedergutmachung hinterzuziehen möchte.

Kriegsverbrecherprozess Nr. III.

Am dritten Kriegsbeschuldigtenprozess begann gestern die Vernehmung des Angeklagten Robert Neumann. Der Angeklagte gibt zu, gefangen zu haben den Österreicher Kolben- und Faustschläge verjagt zu haben, um sich Gehör zu verschaffen und die Leute zur Arbeit anzuhaken. Aber er habe geglaubt, damit seine Pflicht zu tun. Die Instruktion über die Behandlung der Gefangenen vom 17. April 1917 ist ihm zwar bekannt gewesen, aber in der Praxis habe es anders als auf dem Papier. Neumann gibt zu, daß er als energisch galt, und daß ihm Gefangene zur Zurückweisung überlassen wurden.

Damit ist die Vernehmung des Angeklagten beendet und es wird in die Beweisaufnahme eingetreten.

Der erste englische Zeuge, Thomas Hayes, ist wegen angeblich schlechter Behandlung durch Neumann und den Unteroffizier Triaks mit zwei anderen Gefangenen aus dem Lager geflohen. Nach zwei Tagen wurden die Flüchtlinge eingekerkert und erhielten 14 Tage Arrest. Der Zeuge will von dem Angeklagten wiederholt mit dem Kolben geschlagen worden sein. Er mußte auf Befehl des Unteroffiziers stillstehen. Neumann habe ihm dabei auch Erleichterungen gewährt. Der Unteroffizier habe ihn auch sonst wiederholt mißhandelt. Der Angeklagte habe sich immer herorgetan, wenn es sich darum handelte, die Gefangenen zur Arbeit zu zwingen. Der Zeuge erzählt dann einen Vorfall, bei dem Neumann einen Gefangenen niederzuschlagen habe. Ihn selbst habe Angeklagter mit der Faust mißhandelt. Neumann habe offenbar Freude daran empfunden, die Gefangenen herumzuschlagen.

Zeuge Samuel James hat sich im Lager Pommerensdorf mit anderen Kameraden geweigert, schwere Arbeiten zu leisten. Einem direkten Befehle des Unteroffiziers Triaks leisteten die Gefangenen keine Folge. Der Zeuge gibt zu, daß dies ungehörig war, betont aber, daß sie dadurch hätten protestieren wollen. Daraufhin seien sie von den Wachmannschaften mit dem Kolben bearbeitet worden. Der Angeklagte habe aber nur mit der Faust geschlagen. Gegen Neumann habe er eigentlich gar nichts einzuwenden, sondern nur gegen den Unteroffizier Triaks. Neumann habe allerdings gelegentlich mit dem Kolben nachgeholfen, aber nur, wenn er Grund dazu hatte.

(Der mehrfach erwähnte Unteroffizier Triaks befindet sich nicht in Deutschland, sondern hält sich in Polen auf.)

Zeuge Thomas Böhlen war einer der drei Ausreißer. Er erzählt von Sitten, die ihm Neumann verleiht habe, und von der Begrüßung durch die Worte „Englische Schweine“. Neumann habe ihn mit dem Kolben geschlagen, als er nicht schnell genug arbeitete.

Zeuge Wilhelm Kirsche sagt aus, Neumann habe ihn u. a. mit dem Kolben auf Arm, Kopf und Schultern geschlagen, so daß er infolgedessen mehrere Monate im Lazarett habe zubringen müssen.

Der Angeklagte befreit entschieden, diesen Zeugen mit dem Kolben auf den Kopf geschlagen zu haben.

Die Aussagen der Zeugen Brieger und Oßner fördern ähnliche Details zu Tage.

Nach einer Mittagspause werden die Aussagen von vier in London kommissarisch vernommenen Zeugen verlesen, die das bereits bekannte Bild ergänzen.

Mehrere deutsche Zeugen entlasten den Angeklagten und sagen aus, daß die englischen Gefangenen sich prozozierend benommen hätten. Ein Zeuge Erdmann will von einem Engländer einen Schlag erhalten haben, was der frühere Landsturmann Robert Vist bestätigt. Dagegen bekunden noch mehrere englische Zeugen, daß sie von Neumann geschlagen worden seien. Daneben wird der mehrfach genannte Unteroffizier Triaks schwer belastet.

Hierauf wird die Verhandlung auf Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt.

Keine vorherige Verfahrenseinstellung.

Eine dem WTB aus Leipzig zugegangene Nachricht wollte wissen, daß das Verfahren gegen den Kapitänleutnant a. D. Karl Neumann wegen Verletzung des Schiffes „Dover Castle“ eingestellt werden würde, weil die Voruntersuchung die völlige Unschuld Neumanns ergeben habe. Diese Nachricht ist unzutreffend. Darüber, ob Neumann schuldig oder unschuldig ist, hat allein der Spruchsenat des Reichsgerichts in mündlicher und öffentlicher Verhandlung zu entscheiden. Das Verfahren gegen ihn wird sich in keiner Weise von dem gegen die ersten drei Beschuldigten unterscheiden. Es wird keinesfalls mit einer Einstellung, sondern entweder mit einer Verurteilung oder Freisprechung enden. Wenn in dem Prozeß keine Zeugen vernommen werden, so liegt das daran, daß der Tatbestand feststeht.

Russische Proteste.

London, 31. Mai. (WIB.) Aus Teheran wird der „Times“ unter dem 25. gemeldet: Der russische Botschafter hat am 25. die Anwesenheit britischer Offiziere bei den persischen Truppen Einspruch erhoben, welche in der Umgebung von Reisch vorgehen, sowie gegen die Neuorganisation der Truppen durch diese Offiziere.

Reval, 30. Mai. (WIB.) Die Volkskommissare für auswärtige Angelegenheiten Sowjet-Rußlands und der Ukraine haben bei der rumänischen Regierung gegen die Fortsetzung feindseliger Handlungen rumänischer Truppen in Bessarabien gegen russische und ukrainische Truppen protestiert. Am 11. Mai hat bei Moghilew-Podolst rumänische Artillerie über den Dnjestr auf russische und ukrainische Truppen geschossen.

London, 31. Mai. (WIB.) Wie aus Tokio gemeldet wird, haben bolschewistische Streitkräfte unter General Kappel Wladivostok kampflös eingenommen. Die Japaner verhielten sich neutral.

Reval, 31. Mai. (EE.) „Krasnaja Gazeta“ veröffentlicht eine Verordnung der Sowjetregierung, die die Annullierbarkeit der Persönlichkeit wieder herstellt. Jeder Verhaftete muß innerhalb 24 Stunden verhört werden. Von der Verhaftung eines Arbeiters muß innerhalb derselben Frist sein Gewerkschaftsverband benachrichtigt werden, auf dessen Eingreifen der Häftling auf freien Fuß gesetzt werden kann. Die Verhaftungen und Durchsuchungen dürfen nur auf Grund einer schriftlichen Order ausgeführt werden.

Lenins Damaskus.

Helsingfors, 31. Mai. (DE.) Auf der Moskauer Beschlüßigungskonferenz der Kommunistischen Partei führte Lenin aus, die frühere Formel der „Verständigung mit dem Burenntum“ sei zu unbestimmt, sie müsse durch einen „Bund der Arbeiterkräfte mit dem Burenntum“ auf der Grundlage des Warenverkehrs ersetzt werden. „Was wir brauchen, ist ein Warenfonds, zu dessen Auffüllung uns die Handelsverträge mit dem Ausland dienen sollen. Die Erteilung von ausländischen Konzessionen ist ebenfalls notwendig, denn ohne eine entwickelte Großindustrie ist der Sozialismus unmöglich. Um die Arbeiter zu ernähren, brauchen wir einen Getreidefonds.“

Deshalb muß beim Bauern das wirtschaftliche Interesse gewahrt werden. Diesem Zwecke dient die Naturalsteuer, die jedoch nur als Maßnahme der Ubergangszeit gedacht ist. Um der Bauernschaft die von ihr benötigten Waren zu geben, muß man die kleine und mittlere Industrie von ihren Fesseln befreien. Wir wollen die Ausrüstung mit Maschinen und Werkzeugen durch Verträge mit Kapitalisten beschleunigen.“

Reval, 30. Mai. (WIB.) Lenin beabsichtigt laut Nachrichten aus Sowjet-Rußland eine Reihe von Dekreten über die Zurückgabe der Fabriken und Unternehmungen mit weniger als 300 Arbeitern an ihre Besitzer zu erlassen. Die Einnahmen sollen durch den Staat kontrolliert werden. Ferner wird beabsichtigt, alle örtlichen Ver-

Anfragen im Reichstag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte der Reichstag in seiner gestrigen Sitzung das Andenken der verstorbenen Abg. Luch (D. Sp.) und Dr. Liebel (Dnalk.). Weiter sagt Präsident Ebe: Lebhaftige Empörung hervorgerufen muß die Mitteilung, daß die polnischen Insurgenten den Abg. Dr. Hartmann (Dnalk.) gefangen genommen und an einen unbekanntem Ort verschleppt haben. (Lebhafte Beifälle.) Ich habe mich sofort mit dem Auswärtigen Amt verständigt, damit die Interalliierte Kommission auf diesen Gewalttätigkeiten hingewiesen wird, und damit sofort Anstalten getroffen werden, um den Abg. Hartmann zu befreien. Ich nehme an, daß die Regierung uns möglichst bald mitteilen wird, welche Schritte unternommen worden sind. Der Präsident spricht dann dem Abg. Dr. Spahn (Z.) zu seinem 75. Geburtstag die Glückwünsche des Reichstages aus.

Ein Antrag auf Strafverfolgung des Abg. Remmele (Kom.) wegen Beleidigung geht an den Geschäftsausschuss.

Anträge der Kommunisten, die kommunistischen Anträge auf Befreiung der Sondergerichte und Anträge über die Erwerbslosenfürsorge auf die Tagesordnung zu setzen, werden abgelehnt.

Darauf beantwortet Reichskommissar Künier eine deutschnationale Anfrage über die Angelegenheit des Majors Müller-Brandenburg von der Thüringer Staatspolizei. Er bespricht die Vorwürfe gegen Müller, wegen derer eine Kommission nach Weimar geschickt wurde, welche in vollem Einvernehmen mit der Thüringischen Landesregierung und unter Teilnahme eines Vertreters derselben eine Reihe von Angehörigen der Thüringischen Staatspolizei vernahm. Das Ergebnis dieser Vernehmungen hat dazu geführt, daß die Thüringische Landesregierung vor mehr als 3 Wochen selbst eine eingehende Untersuchung eingeleitet hat, bei der das Reichsministerium des Innern durch einen Vertreter beteiligt ist. Vor Abschluß dieser Untersuchung ist die Reichsregierung nicht in der Lage, weitere Mitteilungen zu machen. Was die Beschuldigung gegen Personen wegen hochverrätherischer Untriebe anbelangt, so ist das Material der zuständigen Justizbehörde zugeleitet worden. Entsprechend dem Wunsch der Thüringischen Staatsregierung wird ferner mitgeteilt, daß die Thüringische Staatsregierung folgende Erklärung hierher abgegeben hat: Mitglieder der Thüringischen Staatsregierung haben mit der Angelegenheit nichts zu tun, und die Handlungen, die den Gegenstand der Beschuldigungen bilden, sind ohne Kenntnis der Thüringischen Staatsregierung, insbesondere des Thüringischen Ministeriums des Innern, dem die Landespolizei untersteht, vorgenommen worden.

Auf die Anfrage Dr. Moldenhauer (D. Sp.) über Ausschreitungen französischer Soldaten in Köln-Rühlheim teilt die Regierung mit, daß tatsächlich eine französische Abteilung in die Menge hineingekommen hat und daß Ballanten auch mit dem Bajonett angegriffen wurden. Deutsche und englische Polizei schritt ein, aber erst durch das Eingreifen französischer Offiziere konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

Die Einstellung des Betriebes auf der Zeche Maximilian bei Hamm, über die Abg. Janschet (Soz.) Auskunft verlangt, ist der Regierung bekannt, und sie hat sofort die Anwendung der Verordnung vom 8. November 1920 beantragt. Die Bestimmungen dieser Verordnung sind eingehalten worden. Für den arbeitslos gewordenen Rest der Belegschaft hat man sich um Schaffung von Arbeitsgelegenheit bemüht. Zwei Drittel der Belegschaft sind inzwischen anderweitig untergebracht worden. 85 Bauarbeiter bleiben bis auf weiteres auf der Zeche selbst beschäftigt, wo die begonnenen Bauarbeiten fertiggestellt werden sollen, um seinerzeit den Betrieb der Zeche wieder aufnehmen zu können.

Abg. Frau Schreiber-Krieger (Soz.) verlangt Auskunft über die Begünstigung der „Mitropa“. Die Regierung erwidert, daß die „Mitropa“ 1916 gegründet wurde, um den überregenden Einfluß der Brüßeler internationalen Schlafwagen-Gesellschaft zu brechen. Deutschland muß sich dieser Hilfsmittel zur Abwehr der Auslandskonkurrenz auch weiterhin bedienen. Der 1916 abgeschlossene Vertrag ist zeitgemäß geändert worden. Von dem Ueberschuß über 8 Proz. Dividende hinaus erhält die Reichsstelle die Hälfte, von 12 Proz. ab Dreiviertel, außerdem erhält die Reichsstelle ein Siebentel des Aktienbestandes.

Abg. Hemeler (Dnalk.) beschwert sich über das Verbot der „Hollischen Zeitung“. Die Regierung erwidert, daß Oberpräsident Hörsing mit dem Verbot im staatlichen Interesse zu handeln glaubte, daß aber nach einem Beschuß des zuständigen Ausschusses des Reichsrates das Verbot als unbegründet zu betrachten ist und daher die Aufhebung veranlaßt wurde. Genügender Schutz gegen Uebergriffe von Regierungssprektern ist durch die Verordnung des Reichspräsidenten gewährleistet.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Moses (U. Soz.) wird erwidert, daß die Heilstätte Beeth aufrechterhalten werden soll.

Das Gesetz über den Volksentscheid wird dem Reichsausschuss überwiesen.

Wirtschaftlicher Legationsrat Makhoha gibt Auskunft über die Verschleppung des Abg. Hartmann. Auf die Nachricht von der Verschleppung ist am 30. Mai eine Note an die Interalliierte Kommission erichtet worden, mit der Forderung der sofortigen Befreiung des Abg. Hartmann. Der deutsche Vertreter in Oberschlesien Prasm a hat diese Forderung heute morgen mündlich wiederholt, eine Antwort liegt noch nicht vor. Die Regierung wird erneut mit allem Nachdruck auf eine beschleunigte Erledigung drängen. (Beifall.)

Schluß 4 Uhr. — Nächste Sitzung: Mittwoch 4 Uhr.

waltungsbehörden dem Volkskommissariat des Innern und alle Tischrechnungsstellen (außerordentliche Kommissionen) dem Obersten Tribunal zu unterstellen. (Eine Ueberschuldung mit wirtlichen Terror, wie sie Steffoff und Arjento gefordert haben.)

Antibolschewistenkongreß in Bayern.

In Reichenhall tagt ein antibolschewistischer Russenkongreß, der aus allen möglichen Ländern besetzt ist und vorgibt, rein wirtschaftliche Dinge besprechen zu wollen. Die Verhandlungen sind geheim, die Beschlüsse sollen nachher veröffentlicht werden.

Aerztestreit in Wien.

Wien, 31. Mai. (EP.) Heute mittag setzte in ganz Österreich der Aerztestreit ein. Er dauert vier Stunden und stellt eine Demonstration dar gegen die Hintanhaltung der Aerztestatistik. In den Spitälern, Ambulatorien und Geburtskliniken wurde nur für lebensgefährliche Erkrankungen ein beschränkter Dienst aufrechterhalten, während sonst jene Hilfeleistung während dieser Zeit unterbleibt. Heute mittag fand eine Kundgebung der streikenden Aerzte statt. Der Streik macht sich besonders auf dem Lande fühlbar und vor allen Dingen auf dem Lande in Niederösterreich, da sämtliche Landärzte Niederösterreichs nach Wien zur Versammlung abgereist sind.

Um die weltliche Schule.

In Köln ist zwischen den Anhängern der weltlichen Schule und den Behörden ein Konflikt ausgebrochen, der bereits zu Schulstreiks geführt hat. Der amtliche Pressebericht der preussischen Staatsregierung erzählt hierzu folgendes: Durch Beschluß des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 9. Mai ist die besondere Zusammenfassung der am Religionsunterricht nicht teilnehmenden Kinder in Köln aus-

Die Kommunalsteuerreform

vor dem Landtag.

Der Preussische Landtag nahm gestern seine Sitzungen wieder auf. Nach Erledigung einiger kleiner Anfragen folgte die große Anfrage der Sozialdemokraten über eine baldmöglichste Abänderung des Kommunalabgabengesetzes und des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes.

Abg. Müller-Hameln (Soz.): Es ist nötig, daß die Gemeinden vor allem neue Steuerquellen flüssig machen, vor allem darf das Gemeindevermögen nicht bloß, wie das vielfach der Fall ist, eine Quelle des Gewinns für Privatinteressen sein. Eine gründliche Reform ist nötig. Wir richten an die Regierung die Frage, ob sie zu einer schlesigen Vorlegung eines Gesetzes zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes und des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes bereit ist. — Der Redner bespricht dann, gestützt auf reiches Material, das ihm seine Beobachtungen in der Provinz Hannover lieferten, die

Kraften Steuerungerechtigkeiten.

die durch das vielfach geradezu ungläubliche Verhalten der Finanzämter herbeigeführt werden. Das Verhalten der Finanzämter läuft in vielen Fällen auf eine Sabotage der Einkommensteuer hinaus. Wir richten deshalb an die Staatsregierung die Frage, ob sie bereit ist, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß sofort Schritte gegen die Sabotierung des Einkommensgesetzes getan werden? (Beifall h. d. Soz.)

Im Anschluß daran folgt die mit der großen Anfrage Eisinger, Müller und Genossen (Soz.) im Zusammenhang stehende Beratung des Antrags der Abgeordneten Altegoer und Genossen (Zentr.) über die Realsteuer und ihre Erhebung durch die Gemeinden.

Abg. Altegoer (Zentr.): Wir beantragen, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände das ausschließliche Recht der Erhebung von Realsteuern (Gewerbe-, Grund- und Gebäudesteuern) behalten. Wir verlangen, daß eine einseitige Heranziehung der Erwerbsstände durch die Gemeinden vermieden wird.

Ein Vertreter des Ministeriums des Innern: Eine Verschärfung der Realsteuer ist unmöglich. (Beifall rechts.) Der städtische Haus- und Grundbesitz kann sie unter der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen so gut wie gar nicht abwälzen. Durch eine Abänderung des Kommunalabgabengesetzes usw. lassen sich die Finanzen der Gemeinden, der Kreise und der Provinzen schwerlich ordnen. Hier stehen wir erst in den allerersten Anfängen einer Finanzreform. Auch die Erschließung neuer Steuerquellen wird es kaum verhindern können, daß die Gemeinden die Durchführung der Aufgaben, die bisher ihr Stolz gewesen sind, wesentlich einschränken müssen. (Hört, hört! links.) Ohne eine genaue Abgrenzung des Finanz- und Steuerrechtes zwischen Reich, Staat und Gemeinden läßt sich keine gerechte und systematische Verteilung der Finanzquellen durchführen. (Beifall.) Zurzeit ist ein abschließendes Programm nicht möglich.

Für die Ubergangszeit wird die Regierung eine Novelle zum Kommunalabgabengesetz vorlegen. Dabei werden zum Teil wieder die Gedanken aufgenommen, die bereits in der Novelle zum Kommunalabgabengesetz verarbeitet waren, die der früheren Landesversammlung vorgelegen hat; zum Teil bringt die Novelle für die Gemeinden Erleichterungsbestimmungen für die Durchführung ihrer Verwaltungsaufgaben. Auch die Gewerbesteuer trägt keine neue Steigerung mehr. Auch dieser Punkt muß geregelt werden.

Das Haus tritt in die Besprechung.

Abg. Wallraf (Dnalk.) beantragt Ueberweisung der großen Anfrage an den auf 29 Mitglieder verstärkten Gemeindeausschuss.

Abg. v. Sgner (D. Sp.): Daß von seiten der Regierung über den notwendigen Lastenausgleich nichts gesagt worden ist, ist bedauerlich. Die Gefahr einer Ueberbürdung mit Realsteuern darf nicht unterschätzt werden.

Abg. Kay (Komm.): Die Realsteuern sind sehr schnell zu Meistern entartet. In Hannover wurde ein Magistratsbeschuß gefaßt, nach dem alle Kommunalgebühren, die den Hausbesitzern auferlegt werden, auf die Mieter abgewälzt werden sollen. Diese Steuerpolitik bürdet dem Proletariat alle Lasten auf. Man hat jetzt sogar eine Milchsteuer in Aussicht genommen. Die ganze Finanzfrage kann nur gelöst werden, wenn das Proletariat selbst die Macht in Händen hat.

Abg. Brexner (Soz.): Auf der rechten Seite vergißt man, wie sehr die Kreise des Gewerbes und der Landwirtschaft in der Lage sind, bei der Einkommensteuer sich zu schonen. Die Hauptlast wird von den Arbeitern und Angestellten getragen. Wenn hier von Populäritätshaserei gesprochen wurde, dann möchte ich betonen, daß doch gerade die Rechtsparteien es hier im Hause und auch bei den Ausschuhberatungen an Populäritätshaserei wirklich nicht fehlen lassen. Ich erinnere nur an die Beratungen über das Beamtenbesoldungsgesetz, in welchem von den Rechtsparteien immer neue hochgehobene Forderungen gestellt wurden. Im übrigen können die Gemeinden nicht warten, bis das Weilmittel des Herrn Kay, das große Wunder der Rätereipolitik, eingetroffen ist. (Beifall h. d. Soz.)

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte über den kommunistischen Antrag, den Bericht über die Vorgänge in Mitteldeutschland auf die Tagesordnung zu stellen, der gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien abgelehnt wurde, vertagte sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr.

Schluß 6 Uhr.

drücklich grundsätzlich genehmigt. Es ist damit zu rechnen, daß die über die Einzelheiten der Einrichtung schwebenden Verhandlungen bald in einem billigen Ausgange zum Abschluß kommen, und daß damit wie in anderen Städten des Industriegebietes, in denen die Einrichtung schon länger besteht, auf beiden Seiten Beruhigung eintritt.

Kreisarbeitsnachweis und obereschlesische Werbung. In der „Roten Fahne“ ist vor kurzem behauptet worden, daß im Kreisarbeitsnachweis Finsterwalde Leute für Oberschlesien angeworben wurden. Wie der Leiter des Kreisarbeitsnachweises, Genosse Schubert, uns mitteilt, ist diese Meldung absolut unrichtig. Im Kreise Ludau wird wohl von einigen Offizieren a. D. gemorben, dieser Bewegung wird seitens der Sozialdemokratischen Partei die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Das Gerücht über den Kreisarbeitsnachweis dürfte dadurch entstanden sein, daß ein Teil der angeworbenen Leute am Tage der Abfahrt in der Stadtküche zu Mittag aß, die sich im selben Hause wie der Kreisarbeitsnachweis neben diesem befindet. Die Stadtküche verkauft Essen an jedermann, ihr Leiter erfuhr auch erst während des Essens gesprächsweise, daß die Leute nach Oberschlesien wollten. Der Kreisarbeitsnachweis hat aber mit der Sache nicht das mindeste zu tun.

Der Prozeß gegen Heinrich Brandler wegen des bekannten Gehauptes in der „Roten Fahne“ vom 24. März, der auch als Flugblatt verbreitet wurde, beginnt am Montag vor dem Sondergericht des Landgerichts I. Die Anklage lautet auf Hochverrat, Aufreizung zum Klassenhaß und Aufforderung zum Ungehörigen gegen die Geleze.

Der Abrüstungsprozeß der russischen Internierten geht nach Mitteilungen des Reichswehrministeriums in letzter Zeit glatt vonstatten. In kurzer Zeit sind auf verschiedenen Linien 80000 Personen in ihre Heimat befördert worden. Die Interniertenlager von Sagan, Rindern, Hameln, Erlangen und andere sind bereits geräumt.

